

Die „Volksmacht“
erschließt wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expeditoren, Neue Graupenstraße 6/6,
und durch Subskriptionen zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
von Wende 20 Mf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei im Haus Mf. 2.92,
wo keine Post am Orte. Mf. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infektionsgebühren beträgt
für die elastische Kolonietüte
über deren Raum 20 Pf.
Zusätzliche Inferte 40 Pf.
Zusätzliche unter Teil 1 Mf.
Inferte für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Zusätzliche 25 Pf.
Beratung u. Veranlassung Angelegen
Inferte für nähere Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 58. Breslau, Sonnabend, den 9. März 1912. 23. Jahrgang.

Die Präsidentenwahl.

§ 11 der Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages bestimmt: „Der Präsident und die Vizepräsidenten werden zu Anfang einer Legislaturperiode das erste Mal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt. In den folgenden Sessionen einer Legislaturperiode erfolgt die Wahl sofort für die ganze Dauer der Session.“

Seit vier Wochen liegt dieses fürchterliche „dann aber“ den Nationalliberalen im allen Gliedern und bonnet ihnen auch noch des Nachts im Traume in die Ohren. Als die liberale Partei der Mitte bei der ersten vorläufigen Wahl zum großen Teil für Nebel als Präsidenten, zu noch für Scheidemann als ersten Vizepräsidenten stimmte, mögen die parlamentarischen Neulinge, mit deren unerfahrener Unschuld jetzt ihre damalige „Verirrung“ entschuldigt wird, nicht daran gedacht haben, daß eine so kühne Tat zweimal getan sein will, bevor sie dauernde Geltung erhält. Als sie von der unerträglichsten Zumutung der Geschäftsordnung erfuhren, vier Wochen lang derselben Meinung bleiben zu müssen — wie sollte ein Nationalliberaler das aushalten? — fiel manchem von den Braven der Mut, und er sagte sich: Einmal und nicht wieder!

Dann aber...? Ja, was dann? Vier Wochen lang hat das von der Rechten so getaufte „rote Präsidium“ seines Amtes gewaltet, die Ordnung aufrechterhalten, und wie nur irgend eines seines Vorgänger, die Arbeiten des Hauses gefördert. Die bürgerliche Presse ist, soweit sie nicht auf die schwarzblaue Fahne eingeschworen ist, voll Lobes über die Geschäftsführung des sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten. Und der Präsident Raempf hat auch der Rechten seinen schönen Eifer bewiesen, indem er den Genossen Lebedour wegen einiger temperamentvoller Bemerkungen zur Ordnung rief. Welchen Grund haben die Nationalliberalen, die von ihnen hineingewählten Präsidenten nun zur Wechselstellung wieder hinauszuwählen und an Stelle des jetzigen Präsidiums, das die Ordnung gewahrt hat, ein anderes zu setzen, das in seiner Geschäftsführung vielleicht weniger glücklich sein wird?

Es ist das Verdienst der Nationalliberalen, das fürchterliche Dohrwahnsystem zustande gebracht zu haben, das die Geschichte des deutschen Reichstages kennt. Unter schweren Störungen und Verwickelungen ist die erste Präsidentenwahl vor sich gegangen, und am Vorabend der zweiten sieht es auch nicht besser aus. Heute Freitag ist die Wahl. Am Donnerstagabend waarte aber auch nicht der Eingeweihteste der Reichstages im Reichstag zu propheeten, was bei der Geschichte nun eigentlich herauskommen wird.

Ein Teil der Nationalliberalen, erzählt man, wolle noch immer für Kampf, vielleicht sogar für Scheidemann, stimmen. Dann aber wird es wieder Vorwürfe von rechts regnen, es wird in der Partei und in der Fraktion neuen Krach geben, und die Situation wird schrecklich sein.

Anderer wollen wiederum wissen, daß die Nationalliberalen schon bereit seien, ins Lager der Rechten überzugehen und zwei schwarzblaue Präsidenten zu wählen, wofür sie durch Ueberlassung einer der drei Plätze an ihre eigene Fraktion entschädigt werden soll. Dann aber wird der „Gesamliberalismus“ eine schöne Leiche sein, und der Zaun in der nationalliberalen Partei geht erst recht los. Die Sache wird also dadurch um nichts besser.

Die „Post“ rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, und diese Rechnung hat viel für sich, daß infolge der Uneinigkeit der „Linken“ — sie erweist den Nationalliberalen noch immer die Ehre, sie zur Linken zu zählen — ein Präsidium zustande kommen wird, das aus drei Mitgliedern der Rechten und des Zentrums besteht. Dieser Gedanke ist vielen Nationalliberalen sicher nicht unympathisch, denn wenn man einen weißen Zettel abgibt, auf dem nichts steht, bleibt man immerhin wenigstens ein unbeschriebenes Blatt. Weber so noch so zu sagen und sich nicht festzuweisen, es gibt nichts Nationalliberaleres als dies! Dann aber? Dann wird die Schuld, dem Reichstag ein Präsidium gegeben zu haben, das seinen Mehrheitsverhältnissen nicht entspricht, auf die Nationalliberalen fallen.

Man schämt sich fast es auszusprechen, daß die kindische Frage der Hofgännererei den Vorwand zu all diesen kläglichsten Querkübereien hat liefern müssen. Um einer läppißen Etikettenfrage willen, werden die wichtigsten Geschäfte des Reiches in Verwirrung gestürzt. Während sonst gerade von liberaler Seite offen zugegeben wird, daß ein Hofgang eine Peinlichkeit sei, die man einem Sozialdemokraten nicht zumuten sollte, versteifen sich die um Krause und Schiffer jetzt darauf, daß keiner die Reichstagsgeschäfte leiten dürfe, der nicht vor dem Throne seinen Kolan zu leisten bereit ist. Es kommt ihnen nicht darauf an, ob ein Präsident seinem Amt in gehöriger Weise vorsteht. Er darf der ungeschickteste Esel von der Welt und nebenbei ein Gegner des Reichstages und des Reichswahlrechts sein, das schadet nichts, wenn er nur bei Hofe seinen Krachfuß macht!

Manche Nationalliberale sehen wohl ein, daß sie auf dem besten Wege sind, sich unsterblich zu blamieren. Darum möchten sie, wenn bloß die arge Angst nicht wäre, am liebsten doch wieder Scheidemann wählen. Daß sie das schon einmal getan, und sogar für Nebel als Präsidenten

gestimmt haben, ist geschichtliche Tatsache, das wärscht ihnen doch kein Regen mehr ab. Also?

Dann aber broht die ewige höfische Ungnade, und dies ist doch der Schrecklichste aller Schrecken.

Die Sozialdemokratie wartet inzwischen in lächelnder Geduld ab, was der 8. März bringt, wie sich die ausschlaggebende Partei entscheidet. „Dann aber“ wird wohl auch für sie Zeit sein, wieder einmal ein kräftig Wörlein zu reden!

Am Donnerstagabend bestand noch vollständige Unklarheit darüber, welches Resultat die Wahl haben werde. Ein Gerücht besagte, daß eine Verständigung dahin erzielt sei, daß Präsident der Abgeordnete P a a s c h e, 1. Vizepräsident Abgeordneter Dr. Spahn, 2. Vizepräsident Abgeordneter Dode werden solle. Von fortschrittlicher Seite ließ man durchblicken, daß man eventuell bereit sei, einer solchen Kombination zuzustimmen. Demgegenüber steht aber die Haltung des Zentrums, das bekanntlich stets gefordert hat, daß auch die Konservativen im Präsidium vertreten sein sollten. Daß die Auffassung des Zentrums sich geändert hat, ist nicht gut anzunehmen.

Wahrscheinlicher ist es, daß im ersten Wahlgang der Abgeordnete P a e m p f als Präsident wiedergewählt wird. Wie die Wahl des ersten Vizepräsidenten ausfällt, ist vollständig ungewiß, denn hier liegt die Entscheidung bei den Nationalliberalen und den Polen. Die Polen werden auf keinen Fall für einen konservativen Kandidaten stimmen; daß sie ihre Stimme einem Sozialdemokraten geben, ist nicht sehr wahrscheinlich. Jedenfalls hält die sozialdemokratische Fraktion an der Kandidatur des Genossen Scheidemann fest und wird von dem Ausfall der Wahl des ersten Vizepräsidenten ihr weiteres Verhalten abhängig machen.

Unser Stichwahlabkommen.

(Aus dem „Vorwärts“.)

(Fortsetzung.)

Nun wird manchem unserer Genossen diese Situation nicht sehr verlockend erscheinen. Gatten wir nicht schon vorher in England, und früher noch in Frankreich einen gemeinsamen Kampf von Liberalismus und Sozialdemokratie oder Arbeiterpartei gegen „Pfaff und Adel“, und was ist dabei für unsere Sache herausgekommen? Obwohl es in jenen Ländern einen starken Parlamentarismus gibt und der Liberalismus eine starke Regierung bildete, Sozialisten sogar Minister wurden, ist gerade seitdem dort der Fortschritt der Arbeiterpartei ein Stückchen gekommen, haben sie erheblich an propagandistischer Kraft eingebüßt.

Sicher, aber warum? In England wie in Frankreich stand eine große und starke liberale Partei einer kleinen und noch wenig geschlossenen Arbeiterpartei gegenüber. Schon dadurch wurde diese zum Anhängel des Liberalismus.

Jetzt dagegen erstand zum ersten Male in der Welt die Möglichkeit einer von Liberalen und Sozialdemokraten zusammengefaßten Mehrheit, in der diese dominierten. Unsere Partei mußte dominieren nicht nur durch ihre Ueberzahl, sondern auch durch ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit den früheren und uneinigen Liberalen gegenüber. Sie mußte umso mehr dominieren, je mehr sie sich hülfte, mit dem Liberalismus zusammen das gleiche Ziel zu verfolgen.

Der große Fehler, der in Frankreich und England durch unsere Genossen damals begangen wurde, als der Liberalismus ihrer Hilfe zu seiner Behauptung bedurfte, war ihre Großblodpolitik, worunter nicht das Zusammenwirken bei Stichwahlen zu verstehen ist, sondern dauerndes Zusammenwirken im Parlament unter beständiger Rücksichtnahme aufeinander und Vermeidung aller Täuschung, die bei dem Bundesgenossen Anstoß erregen konnte. Unsere Genossen nahmen an, daß der Liberalismus aus innerem Antrieb nach Reformen verlange, aber nichts irriger als das. Seine Politiker haben heute ebensowenig als die irgend einer anderen bürgerlichen Partei große Ziele. Was sie anstreben, sind Aemter und Würden und die Beherrschung der Staatsgewalt. Dazu bedürfen viele von ihnen zahlreicher Stimmen und um diese zu erlangen, müssen sie manche gesellschaftlichen Verbesserungen verlangen, mitunter sogar durchzuführen.

Die mächtigste Triebkraft dabei ist die Konkurrenz der Sozialdemokratie. Die Großblodpolitik ist das Mittel, diese Konkurrenz auszuhalten. Sie macht uns vor den Massen verantwortlich für die Sünden des Liberalismus und schreibt dafür alle Verbesserungen, die wir durchsetzen, auf dessen Konto. Die Anziehungskraft unserer Partei schwächtet, damit aber auch das einzige wirksame Mittel, heute noch bürgerlichen Parteien Reformen abzugewinnen.

Daß die kühneren Elemente unter den Liberalen auf die Großblodpolitik erpicht sind und sie uns auf das Warmste anpreisen, ist begreiflich. Handelt es sich um sie bloß um die Durchsetzung von Reformen, um den Kampf gegen die Reaktion, dann benötigen sie keinen Großblod, denn daß wir jede in dieser Richtung liegende Maßregel unterstützen — viel sicherer und energischer unterstützen, als die Liberalen selbst — das wollen sie ganz gut. Wenn sie trotzdem überall die Doktrine der Großblodpolitik erschallen lassen und so tun, als ob von ihr jede Reformmöglichkeit abhängig und als ob es bloß deswegen nicht vorwärts ginge, weil wir uns zur Großblodpolitik nicht entschließen können, so geschieht das nur, weil sie eben Reformen in Wirklichkeit nicht wollen, unsere Konkurrenz ihnen aber solche abnötigt, und sie kein besseres Mittel wissen, diese Konkurrenz zu beseitigen, als unsere Vereinnahmung mit ihnen zu einer „Arbeitsgemeinschaft“.

Hätte das Stichwahlabkommen die Einleitung zu einer solchen bedeutet, denn freilich mußte es von vornherein auf das Enkhardtbeste abgesehen werden. Unserer Partei könnte nichts Schlimmeres passieren, als ihre Identifizierung mit dem Liberalismus. Auch in Bayern wäre das Wahlabkommen mit dem Liberalismus eine sehr unersprißliche Sache, wenn es uns dort zu einer Großblodpolitik führte.

Am Reichstag ist eine solche Politik von vornherein ausgeschlossen. Andererseits hat dort unsere Partei in der Linken, wie schon hervorgehoben, eine Stellung erobert, die sie noch nie in der Weltgeschichte gehabt, sie ist zur stärksten Partei auch der Zahl der Abgeordneten nach geworden. Kam noch dazu,

daß die Linke eine entschiedene Mehrheit hatte, dann mußte ein Kampf der Linken gegen die Rechte wenigstens agitatorisch für das Bewußtsein der Massen ganz andere Wirkungen erzeugen, als in England unter Lloyd George oder in Frankreich unter Waldeck-Roussau. Welche praktischen Folgen heraus hervorgingen, ließ sich natürlich nicht voraussagen. Sicher mußte aber dadurch unsere Partei mehr noch als bisher der Mittelpunkt der deutschen Politik werden, sie mußte als der vornehmste Träger aller Erwartungen und Forderungen der großen Masse des Volkes nicht nur tatsächlich wie bisher, sondern auch in verstärktem Maße in ihrem Bewußtsein auftreten, die propagandistische Kraft der Sozialdemokratie mußte gewaltig steigen.

Das Stichwahlabkommen bot freilich nur die Möglichkeit, daß es so kam, nicht die Gewißheit. Und diese Möglichkeit ist nicht zur Wirklichkeit geworden. Es wäre aber eine sehr gefährliche Maxime für jeden Politiker, und namentlich für jeden revolutionären Politiker, einen Schritt nicht nach den Möglichkeiten zu beurteilen, die er erschließt, sondern nach dem wirklichen Erfolg. Zu welcher strenger Beurteilung z. B. jedes der letzten Massenstreiks in Holland, Belgien, Italien, Rußland müßte man da gelangen! In der Politik wie im Kriege hat man stets nur mit bloßen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zu rechnen, und wer nur dann einen Schritt wagen will, wenn dessen Gelingen außer allem Zweifel steht, der wird nie vom Fleck kommen.

Indes selbst am wirklichen Erfolg gemessen, kann sich das Stichwahlabkommen sehen lassen. Das, was es vermocht hätte, wenn die Fortschrittler es getreulich ausführten, hat es wohl nicht geleistet. Wir hätten leicht den Konservativen und dem Zentrum noch ein Dutzend, vielleicht sogar zwanzig Mandate abnehmen können, wenn die Fortschrittler mit voller Energie für unsere Kandidaten eintraten. Das haben sie nicht getan. Dadurch wurde nicht verhindert, daß wir zur stärksten Partei im Reichstag wurden, wohl aber, daß die Linke eine entschiedene Mehrheit erlangte. Das Versagen der Fortschrittler macht die reaktionärsten und unzuverlässigsten Elemente unter den Nationalliberalen zum Zünglein an der Waage.

Immerhin haben wir, und wohl in der Hauptsache durch das Abkommen, diesmal in der Stichwahl weit besser abgezeichnet als seit langem. Wir haben gesehen, daß seit 1884 der Prozentsatz der Stichwähler, die wir gewinnen, stetig herab geht, weil sich die bürgerlichen Parteien immer mehr gegen uns zusammenschlossen. Nun, diesmal hat dieser Rückgang nicht nur ein Ende erreicht, er wurde sogar in eine kräftige Aufwärtsbewegung verwandelt. Von 1887 bis 1907 war der Prozentsatz der von uns gewonnenen Stichwähler von 28 auf 15 herabgegangen. Im letzten Januar stieg dieser Prozentsatz wieder auf 29 — seit bald 20 Jahren hatten wir einen so hohen Prozentsatz nicht gekannt! Stichwahlfrage waren in den letzten drei Jahrzehnten stets Tage der Enttäuschung gewesen. Diesmal wurden sie, abgesehen vom ersten, wieder zu Tagen des Triumphes.

Aber nicht nur Mandate haben wir durch das Stichwahlabkommen gewonnen, wenn auch nicht so viele, als möglich gewesen wäre, wir haben dadurch auch verhindert, daß die Regierung eine feste Mehrheit erhielt. Haben wir nicht jene überragende Position erobert, die uns in Aussicht stand, so ist es uns doch gelungen, Reaktion und Regierung zur Ohnmacht zu verurteilen.

Wie wäre es aber geworden, wenn wir das Stichwahlabkommen ablehnten? Die Freisinnigen sind keine Catos von Sisyphos, sie waren sehr unerschütterlich, ob sie die konservativen Kräfte wegzurufen sollten, an der so mancher von ihnen bei den früheren Wahlen in den Reichstag gehumpelt war. Scheitern wir das Abkommen ab, das sie uns anboten, dann entzünd die Gefahr, daß wir der Reichsmehrheit Sammelpolitik in die Hände arbeiten. Und es hing von wenigen Stimmen ab, ob die Regierung und die gewalttätigsten unter den Feinden des Proletariats die Mehrheit erhielten.

Als die Schuldtragenden an dieser Mehrheit erschienen abgesehen von den Massen wir, wenn wir es waren, die das uns angebotene Abkommen zurückwiesen. Ob das propagandistisch von Vorteil gewesen wäre, darf man bezweifeln.

Die schäblichsten Vorwürfe aus den eigenen Reihen hätte es auf den Parteivorstand geregnet, und die breiten Massen der Bevölkerung, die oppositionell gesinnt sind, aber noch außerhalb der Partei stehen, hätten uns schon garnicht begriffen und uns des Vertrauens an ihrer Sache angeklagt.

Damit erledigt sich auch der Einwand, wir hätten mit den Fortschrittler ein Abkommen nicht treffen dürfen, weil wir wissen mußten, sie würden es doch nicht halten. Der Vorwand mußte natürlich eben so gut, wie jetzt seine Kritiker, wie fabelhaft die Demokratie des Liberalismus ist. Wären die Fortschrittler unerhörte Demokrate, dann wußten sie ohne Abkommen, daß sie bei den Stichwahlen für uns zu stimmen haben, wie ja auch auch wir ohne Abkommen regelmäßig für sie stimmen.

Wenn sie aber jetzt, ohne Veranlassung von unserer Seite, uns ein Stichwahlabkommen anboten, sollten wir es deshalb ablehnen, weil sie unzuverlässig seien? Welchen Grund konnten sie haben, es uns anzubieten, wenn sie es nicht halten wollten? Freilich, die Wähler der fortschrittlichen Politiker sind völlig undisciplinirt und ein buntes Gemisch der verschiedensten Massen und Schichten. Man mußte von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß es kommen würde, wie es geschah, bloß ein Teil der Fortschrittler folgte der Parole der Berliner Zentralkommission, ein anderer Teil, die karthaisischen Elemente folgten mehr ihren Massensinstincten und Traditionen. Daran mußte man gefaßt sein. Über man konnte es nicht mit positiver Sicherheit behaupten. — Wenn wir wegen bloßer Besorgungen und Erwartungen das Stichwahlabkommen ablehnten, dann wären die Fortschrittler stets in der angenehmen Lage gewesen, zu behaupten, sie würden das Abkommen mit größter Energie durchgeführt haben und bloß wir seien Schuld, daß es nicht geschah.

Jetzt sieht es unzweifelhaft fest: wir haben in vollstem Maße unsere Schuldigkeit getan. Nicht an uns liegt es, wenn die große Mehrheit der Linken nicht zustande kam, sondern einzig an den Liberalen, denen wir soweit entgegenkamen, als wir nur durften.

Auf keinen Fall hätten wir ohne Abkommen mehr erreichen können, als wir erreicht haben. Wir haben dank ihm wahrscheinlich mehr an Mandaten erlangt, als wir ohne es erobert hätten. Viel wichtiger als die Zahl der gewonnenen Mandate ist aber die günstige propagandistische Situation, die es uns beschaffen hat. Hätte das Abkommen seine Wirklichkeit erreicht, unsere propagandistische Situation wäre glänzender gewesen. Aber auch jetzt, wo die Wirklichkeit hinter der Möglichkeit zurückbleibt, ist unsere propagandistische Situation best

durch das Adrommen, als sie ohne es wäre, weil jetzt die ganze Schuld an der Nichterfüllung aller seiner Möglichkeiten nicht an uns, sondern einzig an den Liberalen liegt. Unser Vorhaben kann dabei nur gewonnen haben auf Kosten der Liberalen. Sicher muß bei unserem Tun stets die propagandistische Wirkung auf die Massen in erster Linie im Auge behalten werden. Jeder praktische Versuch, der durch Beeinträchtigung des Vertrauens und der Zurechnung der Massen zu unserer Sache erlaßt wird, schadet mehr, als er nützt. Aber gerade von diesem Standpunkt aus sprechen die wichtigsten Momente dafür, ein uns angebotenes Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlichen nicht von vornherein abzulehnen, sondern es zu akzeptieren, wenn es nur einigermaßen annehmbare Bedingungen bot. Die Situation erheischt es entschieden.

Es bleibt nun noch zu untersuchen übrig, ob nicht die Bedingungen des Abkommens derart wären, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Das Ende der Generaldebatte.

Den letzten Tag der Generaldebatte über den Etat des Reichsamt des Innern leitete Genosse Reus mit einer eingehenden Behandlung der Landarbeiterfrage ein. An die Spitze seiner Erörterung stellte er die Forderung des unbedingten freien Koalitionsrechtes und die Aufhebung aller iltertümlichen Bestimmungen, unter denen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter heute noch zu leiden haben. Seiner Forderung gab er eine sehr wirkungsvolle Begründung durch die ausführliche Schilderung der Verhältnisse, wie sie sich mehr und mehr, namentlich durch die Einführung der Maschine entwickelt haben. Er konnte nachweisen, daß vor allem die Zunahme der Saisonarbeit den Landarbeiter vielfach von dem, was man mensliche Wohnung nennt, vollständig losgelöst hat, und daß auch die Löhne so niedrig sind, daß allerdings deutsche Arbeiter nur schwierig gewonnen werden können. Man kann es verstehen, daß diese Wahrheiten auf der rechten Seite des Hauses mit wenig Freude aufgenommen wurden.

Der Zentrumsredner Dr. Pfeiffer hielt eine längliche, mit mancherlei Zitate belastete Rede, um zu dem erwarteten Schluß zu kommen, daß vor allem eine „religiös-sittliche Erziehung“ notwendig sei. Viel unverständlicher zeigte Graf Kanitz von den Konservativen die Absichten der Reaktion. Er gab klar zu verstehen, daß nach der Auffassung seiner Freunde nicht einmal der bestehende Zolltarif ausreichen werde. Allerdings war er vorsichtig genug, die vom Abgeordneten Gothein geforderte Enquete über die Wirkungen der Zölle auf die Landwirtschaft als überflüssig abzulehnen. Der Abgeordnete Weinhausen, der die Ausdehnung des Koalitionsrechtes und seine Sicherstellung für Arbeiter und Angestellte forderte, verlangte auch, namentlich mit Rücksicht auf die jetzt gerade drohenden Kämpfe im Wirtschaftsleben den Ausbau des Tarifwesens und ein verständiges Eingreifen der Regierung.

Damit endlich war der Staatssekretär in den Genuß seines Gehaltes gekommen, und die Einzeldebatte konnte einen kleinen Anfang nehmen, der nach der für morgen anderaumten Wahl des Präsidiums fortgesetzt werden wird.

Scharfmacher gegen neue Steuern.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat unter den Großindustriellen eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis sie nunmehr mitteilt. Zunächst besteht in den Kreisen der Großindustriellen Uebereinstimmung darin, daß mindestens zwei neue Armeekorps geschaffen und daß ein drittes Geschwader in Dienst gestellt werden muß. Um die Flottenrüstung nicht zu gefährden, müssen auch jährlich mindestens drei „Wagehals-Bauten“ ausgebaut werden. Die Kosten werden auf 100—150 Mill. Mark im Jahre geschätzt. Unter den Großindustriellen besteht aber weiter völlige Uebereinstimmung darin, daß neue Steuern nicht geschaffen werden dürfen. Die Vorschläge zur Kostenbedeckung sind verschiedener Art. Einer der

„allerbedeutendsten Großindustriellen“ (Thyssen?) verlangt die Deckung der Kosten durch größere Ersparnis. Diese Ersparnis kann seiner Ansicht nach erzielt werden durch Einschränkung auf dem Gebiete der Repräsentation und der Verwaltung, ferner durch Beseitigung der reinen Neckerstellen, für die in jedem Jahre ungeheure Summen ausgegeben werden. Er erinnert an die Paraben, an die neuen Uniformen und an die gewaltigen Summen, die bei Stapelausen ausgegeben werden. Eine andere „führende Persönlichkeit der deutschen Großindustrie“ läßt sich dahin aus:

„Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Lasten an Staats- und Kommunalsteuern in Deutschland anfangen, unentwärtlich zu werden, und daß in der Weiterentwicklung unserer Industrie ein Stillstand eintreten muß, wenn keine Beschränkung der Ausgaben erfolgt. Es muß von allen Seiten auf Sparsamkeit gedrängt werden, denn es ist unerträglich, bis zu 20 Prozent und selbst mehr seines Einkommens an Steuern abgeben zu müssen bei einer gegenüber unseren Nachbarländern England, Frankreich, Belgien wesentlich teureren Lebenshaltung.“

Von einem der „sympathischsten vielgenannten Großindustriellen“ wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu neuen Steuerlasten geschrieben:

„Einen schlimmeren Schlag wird man dem deutschen Wirtschaftsleben kaum versetzen können, welches durch die Steuer- und soziale Gesetzgebung mehr und mehr unterbunden wird. Je mehr man die Vermögensbildung erschwert, das Sparen belohnt und bestraft, und die Faulheit durch Staatsrenten belohnt, muß das Wirtschaftsleben zurückgehen. In Deutschland gehen wir an großen Worten und Lebensarten immer weiter bergab.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist also der: Die Scharfmacher verlangen zum Zweck der Steigerung des Profits eine enorme Vermehrung der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, erklären aber gleichzeitig, daß es ihnen gar nicht einfällt, aus ihrem Besitz zu den neuen Lasten auch nur einen Pfennig beitragen zu wollen.

Giesberts gegen Erzberger.

Von den tiefgreifenden Gegensätzen, die die Steuerfrage im Zentrum aufgerissen hat, gibt eine Polemik Kunde, die Herr Giesberts im „Tag“ gegen Herrn Erzberger unternimmt. Giesberts knüpft unmittelbar an einen im „Tag“ erschienenen Artikel Erzbergers an, um lebhaft zu widersprechen. Erzberger wolle den Etat so „strecken“, daß die laufenden Einnahmen zur Deckung der neuen Heeres- und Flottenausgaben ausreichen, das sei aber nur auf Kosten der Schuldentilgung und anderer wichtiger Reichsaufgaben möglich. Als solche nennt Giesberts: bessere Befolgung der mittleren Postbeamten, Verrückung der Postboten, Erhöhung der Mannschafstärkung, Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Herr Giesberts schließt mit folgender Warnung:

Die „Steueranalisten“ früherer Zeiten sollen jetzt nicht in den entgegengekehrten Fehler der „Steuerlicheu“ verfallen, besonders nicht dann, wenn es gilt, eine wirksame Weisheit zu schaffen. Welcher Art eine solche Weisheit sei, oder, wie man zu sagen pflegt, Steuer auf die leistungsfähigen Schultern sein kann, würde Gegenstand weiterer Ermüandlungen sein. Zweifellos hat Herr Erzberger recht, wenn er die große Belastung an Steuern im Reich, Staat und Kommune darstellt und zu dem Schluß kommt, daß Besitz und Einkommen heute ein hübsches Päckchen zu tragen hätten. Das Päckchen der Besitztenden könnte aber immerhin eher eine weitere Belastung tragen als der große Packer, den die breiten Volksschichten zu tragen haben. Ich schließe mit der Hoffnung, daß sich der Reichstag nicht herbeilassen wird, die Erfolge der Reichsfinanzreform illusorisch zu machen nur deshalb, weil man vor einer Weisheit zurückschreckt.

Hinter der vorsichtigen Ausdrucksweise des christlichen Gewervereinsführers verbirgt sich eine schwere Anklage gegen das Zentrum. Herr Giesberts weiß, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Politik des Zentrums einfach ruiniert und zum Absterben verurteilt sind. Und da auch der Wurm sich krümmt, wenn er getreten wird, verschafft er uns den

immerhin seltenen Anblick einer öffentlichen Polemik zwischen Abgeordneten derselben Fraktion, geführt in einem Blatte, das nicht einmal ihr Parteiorgan ist.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Welch zwecklose Wahlproteste mitunter erhoben werden, dafür lieferte die Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten Dietrich ein Beispiel. Dietrich ist mit 18.900 gegen 10.648 Stimmen gewählt. Gegen die Wahl erhob ein Wähler Protest, weil er nicht in die Wahlerliste eingetragen war. Selbstredend konnte dieser „Protest“ am Ergebnis nichts ändern. Die Wahl wurde für gültig erklärt.

Gegen die Wahl des Abg. Colshorn (Welfe), der den Kreis Melle-Diepholz vertritt, war Protest erhoben worden, unter anderem weil auch verschiedene Gemeindevorsteher gegen die Wahlprotesten der Landesliste die Absicht der Wählerlisten verweigerten. In einem Falle übergab der Gemeindevorsteher den Vertretern der nationalliberalen Partei zwar die Wählerlisten zur Abschrift, löste aber das Licht aus. Die nationalliberalen Vertreter, die damit offenbar gerechnet hatten, zogen nun ihre mitgebrachten Karten aus der Tasche, durstete sie aber nicht anzuhängen; vermutlich befürchtete der Gemeindevorsteher Feuergefährlichkeit. Die Wahl wurde schließlich für gültig erklärt, weil selbst die Verletzung aller beachtlichen Momente die Mehrheit des Gewählten nicht zu erschüttern vermochte.

Gegen die Wahl des in Dortmund gewählten Genossen Dr. Erdmann war Protest erhoben worden, der von nationalliberaler Seite ausging. Er stützte sich darauf, daß die Stimmzettel mit dem Namen Lehrer August Wichhoff für ungültig hätten erklärt werden müssen, weil ein Wohnort nicht angegeben war. Wichhoff war der ultramontane Kandidat. Die Wahl wurde einstimmig für gültig erklärt, weil auch ohne Angabe des Wohnortes über die Person des Kandidaten kein Zweifel bestehen konnte.

Die Wahl des Abgeordneten Schulenburg in Soest, bei der ebenfalls bemängelt wurde, daß auf einem Teil der Stimmzettel kein Wohnort angegeben war, wurde für gültig erklärt.

Im Wahlkreise Rdn-Land ist der Abgeordnete Aulhoff im ersten Wahlgange mit 93.372 Stimmen gewählt worden. Auf den Sozialdemokraten entfielen 24.288 Stimmen, auf einen Nationalliberalen 8549 Stimmen. Der wesentlichste Punkt des Protestes ist folgender: Ein Teil des Wahlkreises Rdn-Land ist nach Rdn-Stadt eingemeindet. Für einen Wahlbezirk des Kreises Rdn-Land ist nun aber ein Wahllokal bestimmt worden, das im Kreise Rdn-Stadt liegt, also in einem anderen Wahlkreise. Wird nun das Wahlergebnis in diesem Bezirk festgestellt, wie es der Referent beantragt hat, dann fällt die Mehrheit des Gewählten weg und die Wahl muß für ungültig erklärt werden. Die weitere Verhandlung und Entscheidung über diesen eigentlichen doch recht einfachen Fall wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hatte in ihrer Sitzung vom 7. März mit Obstruktionstendenzen konservativen Abgeordneten Kretsch zu rechnen, der allein die Hälfte der Sitzungszeit für sich in Anspruch nahm.

Der von den Nationalliberalen und Fortschrittlichen, sowie vom Abg. Erdber (Zentrum) beantragte neue § 33 zur Geschäftsordnung, nach welchem bei der Besprechung von Interpellationen Anträge gestellt werden können, durch die das Verhalten des Reichstages vom Reichstage gebilligt oder nicht gebilligt werden kann, gab dem Abg. Kretsch Anlaß, über alles Mögliche und Unmögliche zu sprechen. In maßloser Uebertreibung bezeichnete er diese Bestimmung als eine Umgrabung aller Autorität der Monarchie und als eine Herabsetzung des parlamentarischen Regimes. Trotzdem hatte Abg. Kretsch selbst Änderungsanträge gestellt, die der Abg. Erdber als im Widerspruch mit den grundsätzlichen Bedenken Kretschs stehend bezeichnete. Erdber konstatierte, daß eine Verschlebung der Rechte des Reichstages durch die neue Bestimmung nicht eintrete, auch das parlamentarische Regime nicht gefährdet werde, denn das parlamentarische Regime hänge nicht von der Gestaltung der Geschäftsordnung ab. Zur Regelung der Geschäftsordnung gehöre auch die Regelung der Interpellationen.

Auch der Abg. Ledebour ging Kretsch scharf zu Leibe und ironisierte dessen „Bedenken“. Der Reichstag, dessen Bedeutung mit der stärkeren Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen wachse, könne mit den neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung seine Aufgabe besser erfüllen.

Abg. Junke rief Herrn Kretsch, seine Abneigung gegen die freie Bewegung des Parlaments mit der gleichen Schärfe im Plenum des Reichstages zum Ausdruck zu bringen, wie er es hier in der Kommission tue.

Der neu gewählte Abg. Weil (Zentrum) hielt es für nötig, der Kommission einige staatsrechtliche Belehrungen zuteil

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Rügge.

Die Regierung in Kopenhagen wurde aufmerksam auf ihn gemacht, fuhr der Baron fort, als auf einen besonders fähigen jungen Mann, der aber verderblichen Schwärmereien nachginge. Ich hatte damals im Auswärtigen Amt Geschäfte und Vortrag. Eine Untersuchung wurde gefordert; der König jedoch stimmte mir bei und sprach in seiner einfachen Weise: Jugendstrenge — heiße Stöße. Werden sich abhüllen und vernünftiger werden ohne Prozesse und Gefängnisse. — Die Briefe sind gute treue Unterthanen; dummes Zeug der ganze Plunder. — Werst ihn ins Feuer.“

„Dann hat der König sehr recht getan“, sagte Lornsen, in das Gelächter des Fräuleins einstimmend.

„Und was sind Sie jetzt, Herr Lornsen?“ fragte der Baron.

„Abdolat ohne Prozesse“, versetzte Jens.

„Sowohl waren Sie wahrscheinlich nicht hier, um den Sonnenuntergang auf Helgoland zu sehen und philosophische Betrachtungen darüber zu machen. Wir hätten die Ehre Ihrer Bekanntheit ersehnt.“

„Ich muß zugeben, daß Geschäftslustigkeit mich dazu trieb, mit einer kleinen Schlupp, die meinem Vater gehört, die Fahrt von Sylt hierher gemacht zu haben.“

„Das Seemannsblut will seinen Ausweg haben“, lachte der Baron. „Dann wollen Sie zurück?“

„Wagen, wenn es sein kann“, erwiderte Lornsen, einen Blick auf den Himmel werfend.

„Sie scheinen aber daran zu zweifeln“, fiel das Fräulein ein, das bisher still dem Gespräch zugehört hatte.

„Ich sehe die gelblichen rauhen Wolken über uns hinfliegen und sonderbare Gesichter machen.“

und nochmals Wolkenszug und Meer betrachtete. Der Wind wird weiter nördlich gehen und dann werden sie es allerdings wagen, mit Ihnen auszulassen, weil sie sicher sind, die Insel wieder zu erreichen. Nach zwei Stunden, wenn das Boot halb voll Wasser ist, die Strömungen darüber hinfliegen und Sie nah und müde genug geworden sind, wird die Mannschaft umlegen und Ihnen die Unmöglichkeit erklären, weiter fortzukommen. Sie werden gern zu allem Ja sagen, und am Abend werden Sie, wie ich hoffe und wünsche, wiederum hier zwischen Erdtossfeldern und Hammeln umherpazieren.“

So leicht und launig er seine Prophezeiung machte, so verständig ist doch dennoch das Gesicht des alten Herrn. „Zum Gele!“ rief er, „das sind schlechte Aussichten. Wenn es aber irgend möglich ist, will ich fort von diesem verdamnten, langweiligen Felsen.“

„Glauben Sie, Herr Lornsen, daß Gefahr dabei ist?“ fragte das Fräulein, vertrauensvoll zu ihm aufblickend.

„Nein“, erwiderte er. „Ein Fischboot hält selbst einen harten Sturm aus und diese Männer verstehen ihr Handwerk. Dennoch will ich nicht sagen“, fuhr er fort, „daß keine Gefahr dabei wäre. Es schlagen jährlich Boote um. Viele Witwen klagen hier um ihre Männer, viele Kinder suchen den Vater, der niemals wiederkehren will. Es kommt darauf an, welche Hand das Steuer führt und welches Glück das scharfe Auge begleitet.“

„Ein wenig Gefahr wird uns nicht abschrecken“, rief das Fräulein, und einen Steuermann, der unser Vertrauen besitzt, werden wir zu finden suchen.“

„Geben Sie Vertrauen zu mir?“ fragte Jens.

„Sie sah ihn freundlich lächelnd an. „Ein Briefe von der Insel Sylt, der Sohn eines berühmten Kapitäns, muß Vertrauen erwecken“, erwiderte sie.

„So will ich Ihnen einen Vorschlag machen“, fuhr er fort. „Wenn Ihr Vater aus Kopenhagen nicht kommt, und ich vermute es ist, dann es hat ziemlich hart aus Südwest geweht, dann bietet ich Ihnen mein eigenes kleines Fahrzeug an. Wenn es mir möglich scheint, morgen See zu halten, führe ich Sie nach Fuhm hinüber; was ein Mann dafür tun kann, soll gewiß geschehen.“

„Ich glaube, daß ich in meines Vaters Namen Ihr Anerbieten annehmen kann“, sagte das Fräulein, und indem sie sich zu dem Baron wandte, fügte sie hinzu: „Wenn wir nicht denken müssen, daß die Last, welche Sie sich aufbürden, uns zu große Verpflichtungen auferlegt.“

„Es ist in der Tat ein Dienst, den ich nicht vergelten, also nicht annehmen kann“, rief der alte Herr lächelnd erfreut mit der Absicht, ihn anzunehmen in allen seinen Akten.

Jens ließ sich dadurch nicht irre machen. — „Ich hoffe“, sagte er, „daß, wenn wir um sechs Uhr abfahren können, wir um zwei oder drei Uhr nachmittags in Fuhm sind. Der Umweg ist für mich gering; es macht mir Freude, wenn ich Ihnen meine Dienste bieten kann. Schlagen Sie diese ab, so versprechen Sie mir wenigstens, die Fahrt im offenen Boot nicht zu wagen, ehe Sie meinen Rat gehört haben.“

„Herzlichsten Dank, mein junger Freund“, erwiderte der Baron. „Dina hat recht, Sie haben etwas in Ihrem Wesen, was Vertrauen und Ueberszeugung erweckt und mir sagt, daß Sie ein Abdolat sind, der seine Prozesse glücklich zu Ende führt. So lassen Sie uns denn sehen, wie der Prozeß mit Wellen und Wind abläuft. Um sechs Uhr wollen wir bereit sein und früher oder später gibt sich wohl die Gelegenheit, wo ich wieder dienen kann.“

So war das Uebereinkommen geschlossen. Der Baron schüttelte ihm die Hand und eben gingen sie am dem Deuchstum vorüber, wo der Lampenstrahl angezündet wurde, der sein glänzendes warnendes Licht in die finstere fallende Nacht schickte.“

„Ich habe gehört, was Sie von der englischen Flotte da oben sagten“, sprach der Baron, „auch mir ist es ein Stich ins Herz, sie hier zu sehen. Helgoland ist wichtiger, wie man denkt. Während des Krieges hatten die Engländer oft ganze Flotten hier. Sie beherrschten die Elbe und Weser und führten ungeheure Warenvorräte aller Art auf, die eingeschmuggelt wurden, trotz aller Wachsamkeit der Franzosen. — Das war die goldene Zeit für diese Fischer, über welche die sieben letzten Jahre des Königs Pharaons kamen, nach denen denn freilich die mageren gekommen sind. Es geht den Deuten jetzt schlecht, denn sie sollen Fische fangen und arbeiten, das scheint ihnen nicht. Die Hamburger haben das Fahrwasser verbessert, ihre Feuerschiffe weit hinausgelegt, Seebaden ausgeworfen, genaue Karten zeichnen lassen; so werden die Schiffbrüche immer seltener, und Lasten von Helgoland nimmt kaum ein Schiffes noch, zumal die wüthen Seelen von Blankenese und Glückstadt ihnen den Rang ablaufen. Die Schiffe balten sich möglicherweise entfernt von der gefährlichen Insel, sie kennen die unversicherten Breitereien ihrer Bewohner zu gut, die nichts im Sinne haben, als Strandgut erobern und lächerliche Forderungen zu machen. Aber es geschieht ihnen recht. An die alten Zeiten denken sie nicht mehr; von Treue und Anhänglichkeit wissen sie nichts. Sie danken Gott, daß sie Engländer geworden sind und aus der alten Pyramide erlöst wurden. Das gab mir einer zur Antwort, der hier zum Kaiser gehört und bei ich gestern über die Verhältnisse befragte.“

Die internationale Bergarbeiterbewegung.

Die Erklärung des Premierministers Asquith im Parlament, die mit so großer Spannung erwartet wurde und von der man eine entscheidende Wendung in dem gewaltigen Kampfe erwartete, hat die Situation unverändert gelassen. Von den Reden, die von Bergarbeiterbeamten gehalten wurden, verdient die des Bürgermeisters Brown, des Sekretärs des schottischen Bergarbeiterverbandes, besondere Erwähnung. Bürgermeister Brown referierte über die Minimallohn-Bewegung auf einer Konferenz der Bergarbeiter des Lothian-Distrikts. Er führte aus, daß die Regierung nur ihre Zeit vergeudet habe. Die Verhandlungen, die sie eingeleitet, würden trotz aller guten Absicht nur dazu führen, den Kampf zu verlängern. Herr Asquith und andere Minister widmeten ihre Zeit dem Versuch, die Kohlenbesitzer zu überreden, Zugeständnisse zu machen, die, wie sie wissen müßten, von den Bergarbeitern nicht angenommen werden könnten, selbst wenn sie von allen Kohlenbesitzern kämen. Die Bergarbeiter würden unter keinen Umständen zustimmen, daß die Frage der Minimallöhne auf irgendwelchem Wege entschieden werde, da die Minimallöhne, die der Regierung unterbreitet wurden, die Löhne seien, die augenblicklich in jedem Distrikt herrschen.

Allmählich verbreitet sich überall die Erkenntnis, daß der Generalstreik der Bergarbeiter nicht im Handumdrehen beendet werden kann. Diese Einsicht verleiht konservativen wie liberalen Organen, ihrer Unlust durch Drohungen aller Art Ausdruck zu geben. Die einen verlangen den Erlaß eines Minimallohngesetzes mit Konfiszierung der Gewerkschaftskassen. Andere wollen das Arbeitsvertragsgesetz vom Jahre 1906 aufgehoben wissen. Wieder andere möchten die Arbeitslosen der Städte unter militärischem Schutz in die Bergwerke schicken — ohne Zweifel, um den Herzten und Totengräbern Arbeit zu verschaffen. Die ministerielle „Daily Chronicle“ kam sogar mit der Drohung, daß die Nation, sollten sich die Bergarbeiter länger weigern, die Vorschläge der Regierung anzunehmen, die Situation unerträglich finden und beschließen werde, daß sich ein Generalstreik der Bergarbeiter nie wieder ereignen sollte; sie würde dann in der Wahl der Mittel nicht wäherlich sein. Andere dagegen fordern die Verstaatlichung der Bergwerke als das beste Mittel, um die Bergbevölkerung zu befriedigen und haltbare Zustände zu schaffen.

Augenblicklich besteht nicht die geringste Aussicht auf eine Beendigung des Streiks. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß sich der Kampf auf andere Industrien ausdehnen wird. Sehr leicht können die Transportarbeiter darin verwickelt werden, aber abgesehen von Sympathiestreiks kann die Minimallohnbewegung auch zu ähnlichen Bewegungen in anderen Berufen führen. Dies ist in Wirklichkeit auch schon eingetreten. Die Bäcker in Nottingham haben gekündigt. Sie verlangen einen Minimallohn. Etwa die Hälfte der Meister will ihn geben, aber der andere Teil der Meister wehrt sich mit aller Macht gegen den Minimallohn. Die Bäcker Nottinghams werden nächsten Sonnabend die Arbeit einstellen.

Folgen des Streiks.

London, 7. März. Die Anzahl der durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter wächst von Tag zu Tag. Nach den letzten Meldungen sind bisher über 400000 Arbeiter infolge der täglich sich mehrenden Schließungen von Fabriken arbeitslos ge-

worden. Die Londoner Lebensmittelgeschäfte machen ein glänzendes Geschäft, da viele Leute große Vorräte einkaufen, aus Furcht, daß die Proviantzufuhr in nächster Zeit verringert wird, und daß infolgedessen die Preise noch weiter steigen.

London, 7. März. Außer der Amerikanerle wird auch die Amerikanerle ihren Betrieb bedeutend einschränken. Am 9. März wird noch der Dampfer California abgehen, während die Ausreise der Dampfer Kameroria und Caledonia am 19. und 23. März wahrscheinlich verschoben werden muß bis der englische Grubenarbeiterstreik sein Ende erreicht hat. Der Dampferverkehr zwischen Deysham und Dublin, der bisher täglich stattfand, wird auf dreimal wöchentlich eingeschränkt werden.

Zur deutschen Arbeiterbewegung.

Auf den Zechen Röniasborn und Bruchstraße bestand Mittwoch ebenfalls bereits die Gefahr, daß es zur sofortigen Arbeitsniederlegung kommen würde. Den Bergleuten wurden Lohnabzüge gemacht. Es gelang den Leitern der Bergarbeiterverbände nur mit großer Mühe, einen Teilstreit zu verhüten. — Auf Zeche Scharnhorst besteht der Streit weiter. Der Angestellte des Bergarbeiterverbandes, Husemann, rebete in einer Versammlung vergebens für die Wiederaufnahme der Arbeit; die Versammlung beschloß, den Streit fortzuführen. Die außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der schottischen Bergarbeiter, die am 6. März in Essen tagte, erklärte sich gegen die Vereinfachung, zu dem jetzt vom sozialdemokratischen Verband und dessen Nachläufer beabsichtigten Streik. Die Generalversammlung beschloß, die Arbeiterauschüsse aufzufordern, die berechtigten Wünsche der Bergleute bei den Zechenverwaltungen vorzubringen und für deren Durchführung einzutreten. Von der Versammlung verlangte die Bergleute, daß sie energisch für den notwendigen Schutz der nicht streikenden Bergleute Sorge.

Die Regierung rüftet.

Bochum, 7. März. Heute früh trafen hier 25 Pferde von den Kesselberg Husaren ein, die dazu dienen sollen, den Pferdebestand der hiesigen Polizei zu vermehren. Außerdem sind von privater Seite eine Anzahl Pferde angeboten worden, so daß die Polizeidirektion die Möglichkeit gegeben ist, insgesamt 40 Beamte beritten zu machen, die bei Ausbruch eines Streikes den Außendienst auf den Zechen zu versehen haben würden. Von auswärts sind 100 Gendarmen im hiesigen Bezirk eingetroffen, die auf die Landkreise Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen verteilt werden sollen.

10 Prozent Lohnerhöhung als Lockspeise.

Duisburg, 8. März. Die Zeche „Rheinpreußen“ macht durch Anschlag bekannt, daß vom 1. März d. J. ab mit rückwirkender Kraft für Arbeiter über Tage eine Lohnerhöhung bis zu 10 Prozent eintritt.

Von der französischen Bergarbeiterbewegung

wird uns aus Paris berichtet: Der geschäftsführende Ausschuss der französischen Bergarbeiterföderation ist am 4. und 5. März in Lens versammelt gewesen. Die Beratungen wurden geheim gehalten, der Presse sind keinerlei Mitteilungen zugegangen. Das Komitee halte die ganze nationale und internationale Lage zu prüfen, vor allem die Frage, ob der englische Bergarbeiterstreik eine Veränderung der auf dem Kongress zu Angers festgelegten Taktik notwendig mache. Unter den Vertretern waren Duval von Loire, Verant von Anzin, Quentin von Nord und Cordier von Pas de Calais.

Eine Versammlung in der Arbeiterbörse zu St. Etienne beschäftigte sich sehr eingehend mit der Möglichkeit eines Streiks. Mehrere Delegierte des vorher stattgefundenen Kongresses in Angers waren anwesend und sprachen zu der Versammlung. Duranton, der Sekretär der Loire-Föderation, machte den Vorschlag, am 11. März auf 24 Stunden die Arbeit einzustellen und sich vorzubereiten auf einen längeren Streik, der sofort überall ausbrechen müßte, sobald das Signal dazu vom Komitee der nationalen Föderation gegeben würde. Zur Waffe des Streiks müßte gegriffen werden, wenn die Deputiertenkammer die Forderungen der Bergarbeiter ignorierte. Er forderte auf, überall Ordnung und Disziplin zu halten, aber zu gleicher Zeit für alle Eventualitäten bereit zu sein. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Amerika vor dem Streit.

Wie aus Newport gemeldet wird, haben die Grubenbesitzer der schottischen Staaten rüdtreg die Forderungen der Bergarbeiter,

die vor einiger Zeit eingereicht wurden, abgelehnt. Wenn eine Einigung nicht erzielt werden sollte, werden am 1. April circa 250000 Mann in den Ausstand treten. Die Arbeiter stellen folgende Forderungen auf:

- Arbeitskontrakte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen alljährlich abgeschlossen werden und nicht, wie bisher üblich, alle drei Jahre.
- Eine Lohnaufbesserung von 20 Prozent soll zugestanden werden, ebenfalls ein achttägiger Arbeitstag ohne Reduktion der Löhne.
- Die Werksbesitzer sollen die für die Föderationen monatlich zu zahlenden Beiträge von den Löhnen abziehen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. März.

Geschichtskalender.

9. März.

- 1451 Der italienische Seefahrer Amerigo Vespucci ist geboren.
- 1749 Der französische Staatsmann Honoré Riquetti, Graf von Mirabeau, in Vignac.
- 1846 Der Botaniker Wilhelm Pfeffer in Grebenstein bei Kassel.
- 1849 Der Rechtsforscher Josef Kohler in Offenburg.
- 1894 Der Schriftsteller August Ströber zu Mülhausen i. Elz.

In der Stadtverordnetenversammlung

machte gestern der Vorsteher, Geheimrat Dr. Freund, Mitteilung von dem Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Bender, in welchem dieser seinen bevorstehenden Rücktritt ankündigt. Er knüpfte daran Worte des tiefen Bedauerns, daß die Stadt dieses Oberhaupt verlieren solle, dem sie so viel fruchtbare Anregungen, so viel neue Unternehmungen und fortschrittliche Werke verdanke und an dessen Muth, Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit nie ein Zweifel laut geworden sei. Die Versammlung stimmte den Worten ihres Vorstehers zu, indem sie sich zum Dank für die von Herrn Dr. Bender der Stadt geleisteten Dienste von den Blagen erhob. Im Namen seiner politischen Freunde gab dann noch Herr Justizrat Dr. Heilberg dem Bedauern über das Ausscheiden und dem Empfinden der Dankbarkeit gegen Dr. Bender Ausdruck und ersuchte an, daß man den Versuch machen wolle, den Oberbürgermeister noch eine Zeilang auf seinem Posten zu halten. Es war jedoch schon bekannt geworden, daß dazu gar keine Aussicht besteht.

Eine politische Debatte entwickelte sich im Anschluß an die Neueinteilung der dritten Stadtverordnetenwählerklasse in annähernd gleiche Wahlbezirke. Herr Dr. Bender benutzte die Gelegenheit, um im Namen der Rechten die Teilung der ersten Klasse zu verlangen, die jetzt bekanntlich ganz im Besitz der Liberalen ist. Nachdem sich der Stadtv. Wohlfauer und Bürgermeister Trentin dagegen ausgesprochen, wurde der Antrag abgelehnt, außer den Konservativen stimmten nur die Sozialdemokraten für die beabsichtigte Forderung.

In einer Interpellation Seyde und Genossen wurde der Magistrat aufgefordert, sich zu dem allernuesten Hochwasserschutz- und Schiffahrtskanalprojekt zu äußern. Man bekam dabei aber wenig zu hören, weil der Magistrat selbst erst am kommenden Dienstag zu der Angelegenheit Stellung nimmt, doch glaubten die Herren Bürgermeister Trentin und Stadtbaurat v. Scholz Versicherungen zu können, daß die Interessen der Stadt bei dem neuen Doppelkanal von Barteln bis zur Gröschelbrücke gut gewahrt seien.

Die Magistratsvorlage, betreffend Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für weibliche Angestellte des Handelsgewerbes fand in den Stadtv. Hein, Zimmer und Wolff energische Verteidiger,

Stadt-Theater.

„Der Troubadour“ von G. Verdi.

Der „Troubadour“ ist bekanntlich eine sehr schöne Oper, wenn er gut gesungen wird. Am Donnerstag war er nicht schön. Jeder, die sich auch nur ganz oberflächlich mit Mathematik beschäftigen haben, werden aus dieser „Behauptung“ die logische „Folgerung“ ziehen. Wahrscheinlich zu Ehren von Siemerts Unwesenheit wurde die Oper in den schreiendsten Farben aufgetragen und Siewert, der sich nicht lumpen lassen wollte, schrie tapfer mit. Kurzum: es war viel Geschrei und wenig Wille. Hil. Schererichski war schon zu Anfang ganz heiser; ich bezwang meine Neugier, abzuwarten, ob sie am Schluß nicht mehr oder noch mehr heiser sein würde und ging nach der ersten Hälfte des zweiten Aktes fort. Sollte es nicht praktischer sein, den „Troubadour“ und ähnliche Opern kinematographisch darzustellen zu lassen? Dann stürzte die Musik nicht so sehr; auch könnten dann die Zeitmaße ruhig noch schneller sein als am Donnerstag; es würde eben der Film einfach schneller abgedreht. Welch reizende Perspektiven eröffnen sich da!

Sinfonie-Konzert.

Am Donnerstag nachmittag fand für den sehr tüchtigen und verdienstvollen, durch und durch musikalischen Leiter des philharmonischen Orchesters, Herrn Florenz Werner, ein gut besetztes Benefiz-Konzert statt. An seinem blumenbeträugten Dirigentenposten mit Lächeln des Orchesters empfangend, bot der Benefiziant ein Programm, wie es weit über den Rahmen dieser Konzerte und den Horizont der Besucher ging. Ich habe diese Veranstaltungen seit Jahren nicht besucht und war nicht wenig erstaunt, welche Riesenschritte das Verständnis und der Geschmack der Durchschnittsbefucher dieser Klavier- und Streichtrumpfkonzerte gemacht hat. Während früher erste Künstler — ich nenne nur Namen wie die Brüder Otto und Louis Büchner, Hummelhof, Julius Huths, Konstantin Sternberg — nach Gebühr gefeiert wurden, hat man heute für die gleichen Leistungen nur einen Achtungsalpplaus. Die mitwirkende Pianistin Frau Gertrud Keller, welche schon als Bachfisch Aufsehen erregte, spielte das B-moll-Konzert von Schalkowsky, eines der schönsten Werke der Literatur, mit allem erforderlichen technischen Glanze und mit erstaunlicher souveräner Sicherheit und Kraft, sowie mit selbständigem festlichen Empfinden. Sie erhielt wohl dafür regen Beifall, aber nicht entfernt im Verhältnis zu ihrer Leistung, die als das künstlerisch und

durchaus einwandfrei bezeichnet werden muß. Und einem so gearteten Zuhörertriefte jetzt man drei Sätze aus dem besten Werke, Beethovens neunster Sinfonie, vor! Haydn wäre hier am Plage gewesen. Und während Herr Werner die kürzlich im Orchesterbetriebe gespielte überaus feine Aufführung der Sinfonie zum Vortrag brachte, zogen die meisten Besucher die Mäntel an und packten ihre steifen Taschen. Ein Wäzger von Strauß ist hierfür die richtige Musik. — Einen gleichfalls großen Genus gewährte Fräulein Kammler durch die Wiederabgabe des „Vater unser“ von Krebs mit Orgelbegleitung (Herr Erich Wuttke). Die Dame ist im glücklichen Besitz einer echten Mittheilung voll Glanz und Schmels, ihr Vortrag voll Schöpfung und Wärme. Wie gesagt: solche Leistungen gehören vor ein kritisch veranlagtes Publikum und nicht vor Leute, die nicht wissen, was sie mit einem freien Nachmittage beginnen sollen.

Aus aller Welt.

Militärjustiz. Vor dem Kriegsricht der Kommandantur in Magdeburg war am Mittwoch der 23jährige Arbeitssoldat Bauer von der Arbeiterabteilung zu Magdeburg angeklagt, sich des tödtlichen Angeiffes auf einen Vorgesetzten und der Beleidigung eines Wachpostens schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte hat sich beim Militär eine Strafe nach der anderen zugezogen und ist schließlich zur Arbeiterabteilung gekommen. Weil er den Dienst bei der Arbeiterabteilung als ehrenrührig ansah, wollte er mit allen Mitteln versuchen, von der Arbeiterabteilung wegzukommen. Demzufolge nahm er sich vor, eine Straftat zu begehen, die ihn ins Zuchthaus bringen mußte, oder, wenn das nicht glückte, sich eine Festungstrafe nach der anderen zuzuziehen, wobei er darauf rechnete, daß man ihn nicht länger als bis zu seinem 45. Lebensjahre (!) auf Festung würde behalten dürfen. Als eines Morgens der diensttunende Sergeant die Parade betrat und Bauer zum Aufsteigen aufforderte, warf er ein Brett nach dem Sergeanten, traf ihn jedoch nicht. Im Arresthaus befehligte er dann noch einen Wachposten. Der Anklagebesitzer beantragte, den Angeklagten zu fünf Jahren und einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Der Verteidiger verlangte, da der Angeklagte wohl geistig minderwertig sei, ihn auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Es wurde aber festgestellt, daß dies schon einmal geschehen und der Angeklagte für normal befunden worden ist. Das Urteil lautet auf sechs Jahre und drei

Monate Gefängnis; die Höhe der Strafe wurde mit der „gemeinen Gefinnung“ begründet, die aus den ganzen Handlungsweise des Angeklagten spreche.

Die Entdeckung des Südpols. „Daily Express“ meldet aus Wellington, Neu-Seeland, der Südpolforscher Mumbson habe erklärt, Kapitän Scott habe den Südpol erreicht.

„Sozialdemokraten“ teilt mit, daß ein Privatahn in Christiania von der „Fram“-Expedition ein Telegramm erhalten habe, nach dem Roald-A-mundsen den Südpol erreicht habe. Der Empfänger des Telegramms behauptet, daß das Telegramm vollständig zuverlässig sei.

Selbstmord im Theater. In Jekaterinodar erschoss sich während einer Aufführung im Theater ein Heilghehilfe. Die Kugel ging dem Selbstmörder durch den Kopf, tötete einen Zuschauer und verletzte den Kreis militärisch Wolffschimlow schwer.

Bubenstreiche. In der Nähe der Station Schwewe wurde von einer Schar halbwüchsiger Burschen ein Steinbombardement gegen den London-Röln-D-Zug eröffnet, wodurch zahlreiche Fenster scheibens zertrümmert wurden. Mehrere Fahrgäste wurden durch Stein- und Glassplitter verletzt; die Staatsanwaltschaft legt eine hohe Belohnung auf die Ergreifung der Täter aus. Man glaubt, den Burschen auf der Spur zu sein.

Räubereischer Heberfall. Auf der Fahrt von Bickelsdorf wurde der Automobilfahrer Herr Adolf Grundmann von seinen Fahrgästen hinterlistig unverlehten angegriffen und schwer verletzt. Hierauf versuchten nur die Verbrecher, den Schwerverletzten zu berauben, wurden jedoch dabei gefasst und entlassen.

Unfälle in einem Steinbruch. In einem Steinbruch in der Nähe von Varmen wurden durch einen vorzeitig explodierten Sprengschuß zwei italienische Steinbrucharbeiter getötet und einige andere Arbeiter schwer verletzt. Die Verletzten boten einen gerabegut grauenhaften Anblick dar. Die schweren Steinplitter, die mit furchtbarer Gewalt herumschlugen, hätten die Bewußtlosen tödtlich auseinandergerissen, so daß der Tod augenblicklich eingetreten sein muß. Von den Schwerverletzten befinden sich auch noch einige in Lebensgefahr. Die eigentliche Ursache des vorzeitigen Losgehens des Sprengschusses ist noch unbekannt. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden und man nimmt an, daß schadhafte Sprengmaterial die Ursache zu dem furchtbaren Unglück sein wird.

die sich auch gegen die Bedenken der Stadtv. Schönfelder und Mugdan wandten. Die Vorlage geht an den Ausschuss.

Sofortige Annahme fand dagegen der Vorschlag, auf dem Südparkteich sowie auf dem Stadtgraben an der Liebigshöhe das Gondeln zu gestatten.

Die schwarze Wahlrechtsbewegung.

Der Magistrat hat eine Neueinteilung der Wahlbezirke der hiesigen Abteilungen vorgenommen und der Regierungspräsident hat die Neueinteilung genehmigt, wie durch Stadtv. Hamburger (liberal) zur Kenntnis der Versammlung gebracht wird. Stadtv. Dr. Becker (kons.) spricht seine Zufriedenheit mit der Neueinteilung aus. Zu wünschen sei jedoch, daß sämtliche Stadtbezirke eines Bezirkes gleichzeitig gewählt würden, so daß nur alle sechs Jahre einmal Wahl in den einzelnen Bezirken sei. Es heiße die Wähler überflüssigerweise aufzuregen, wenn in den einzelnen Bezirken alle Jahre ein Stadtverordneter gewählt werde. Gleichzeitig bittet Redner den Magistrat, die Teilung der ersten Abteilung in Bezirke in Erwägung zu ziehen. In der ersten Abteilung solle ohnedies die Stimme des einzelnen Wählers sehr ins Gewicht. Das sei aber um so mehr der Fall, wenn er alle zwei Jahre elf bis zwölf Stadtverordnete zu wählen habe.

Stadtv. Dr. Wohlfahrt (lib.): Im allgemeinen Interesse liegt es, wenn die Stimme des einzelnen Wählers nicht allzu stark wirkt. Eine Teilung der ersten Abteilung sollte deshalb nur vorgenommen werden, wenn das jetzige Verhältnis absolute Ungleichheiten aufweise. Die Einheitswahl der Wahl in der ersten Abteilung sei aus bürgerlichen und freiheitlichen Gesichtspunkten von Wert.

Bürgermeister Trentin erklärt, daß eine Teilung nur dann erfolgen werde, wenn sie eine praktische Notwendigkeit geworden sei. Bisher sei das nicht der Fall.

Stadtv. Dr. Becker erblickt in der Faltung des Magistrats einen Mangel an Objektivität, der um so weniger verzeihlich sei, als der Chef des Magistrats zu der Partei zähle, die in der ersten Abteilung die Mehrheit hat. Redner beantragt Ausschussberatung.

Bürgermeister Trentin weist den Vorwurf entschieden zurück, daß der Magistrat sich von anderen als sachlichen Gründen leiten lasse. Das für die erste Abteilung bestehende Wahlrecht sei von einem konservativen Bürgermeister ausgegangen. Die Anträge auf Ausschussberatung und der auf Teilung der ersten Abteilung wurden hierauf abgelehnt. Unsere Genossen haben für die Anträge gestimmt, da sie den schwarzen Gelbjacken die gleichen Rechte zubilligen wie den Liberalen.

Fortbildungsschule für weibliche Handlungsgehilfen.

Zur Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für weibliche Handlungsgehilfen soll die Versammlung ihre grundsätzliche Zustimmung geben.

Stadtv. Stein (lib.) als Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Ansicht des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, daß man die weiblichen Kräfte durch diese Schule konkurrenzfähig mache, weshalb sie nicht kommen dürfe, werde wohl wenig Anhänger in der Versammlung haben. Schwerwiegender sei der Einwand der Handelskammer, daß man erst die Wirkung der beschlossenen Handelsvoorschule abwarten solle, ehe man weitere Schritte unternimmt. Es sei notwendig, daß der Magistrat im Ausschuss nähere Lehrpläne vorlege.

Stadtv. Schönfelder (lib.) bittet in Rücksicht auf die erst beschlossene Vorlesung, die Vorlage noch zurück zu stellen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es durch die Schulpflicht den jungen Mädchen erschwerer werde, im Handelsgewerbe ihren Broterwerb zu finden.

Stadtv. Wolf (lib.) ist für Annahme der Vorlage. Es gelte, die schlecht vorgebildete Frauenarbeit im Handelsgewerbe durch Qualitätsarbeit zu ersetzen. Eine strenge ärztliche Aufsichtigung der noch im Wachstum begriffenen Schülerinnen sei ebenfalls geboten.

Stadtv. Zimmer (Soz.) erklärt sich für die Vorlage, will aber gegen Ausschussberatung keine Einwendung erheben. Die Arbeitgeber, die den Schulunterricht nicht wollen, seien sich damit als grundsätzliche Gegner der Bildung ihrer Angestellten.

Stadtv. Mugdan erklärt, die Handelskammer sei nicht unbedingt gegen den Fortbildungsunterricht, sie wolle aber erst die Erfahrungen mit der Handelsvoorschule abwarten.

Stadtv. Dr. Garsch ist erfreut, daß die Vorlage nützlich auf grundsätzliche Gegner gestossen sei. Der Plan des Fortbildungsunterrichts sei viel älter, als der der inzwischen beschlossenen Vorlesung.

Stadtv. Dr. Reich (lib.): Die Schwierigkeiten, die die Handelskammer erhebt, lassen sich überwinden. Es ist nötig, die Schuldeputation zu den Ausschussberatungen hinzuzuziehen.

Ein Mord aus Rache.

Die Mülhauener Strafkammer hatte vor einigen Tagen den 37jährigen Fabrikarbeiter Gustav Finger aus Straßburg wegen verbotenen Waffentragens und Schießens mit drei Wochen Gefängnis und 40 Mk. Geldbuße bestraft. Da nun Finger den Älteren Hübich herr aus Niederburnhaupt in Verdacht hatte, ihn durch seine Angaben vor dem Untersuchungsrichter belastet zu haben, suchte er ihn nach seiner Rückkehr von der Verhandlung auf und traf ihn schließlich in einer Wirtshauskammer an. Als Hübichherr infolge der drohenden Haltung des Finger ängstlich geworden, daß Lokal verließ, ging Finger ihm nach und schoss ihn ohne weiteres im Hausflur mit einer Browningpistole nieder. Finger floh alsbald nach vollzogener Tat, wurde aber schon am nächsten Tage in La Chapelle an der französischen Grenze durch französische Gendarmen, die benachrichtigt worden waren, verhaftet. Er wird sich nunmehr vor dem hiesigen Schwurgericht wegen Mordes zu verantworten haben.

Die Kleiderleiche im Koffer. Ein in einem Wiesbadener Gasthof beschäftigt gewesenes Dienstmädchen hatte vor wenigen Tagen seine Stellung verlassen, dabei aber einen Koffer nicht gleich mitgenommen, sondern wollte sich ihn nachhaken lassen. Als nun die Führer die Sachen abholten, brang ihnen aus dem Koffer ein eigenartiger Geruch entgegen. Man öffnete daher den Koffer und fand unter den Kleidern verpackt die Leiche eines Kindes. Die sofort benachrichtigten Polizei stellte fest, daß das Mädchen schon vor Wochen niedergelommen war und in seiner Angst das Kind im Koffer verpackt hatte. Ob das Kind bei der Geburt gelebt hat oder, wie das Mädchen angibt, tot gewesen ist, muß die ärztliche Untersuchung ergeben.

Rechtsturmwächter von Hungerstodt bedroht. In Gherburg überlieferte das durch heftige Regengüsse verursachte Hochwasser ganze Straßenzüge und richtete überall beträchtlichen Schaden an. Die gleichzeitig einsetzenden Gewitter zerstörten viele Telegraphenleitungen. Die Bewohner der Leuchturminsel Belle leiden an Nahrungsmangel, da Schiffe nicht landen können.

Beamtenmord in Wehrhau. Der in Maubeuge lebende greise Vater des kürzlich zum Leiter der Eisenbahnbaueinrichtung in Wehrhau ernannten französischen Hauptmanns Ravert wurde verhaftet, daß der Hauptmann von einem Beamten ermordet wurde. Der Mörder beging Selbstmord.

Zur Eigenartigkeit in der Rhön. In Büchen ist eine verdächtige Zigeunerbande, die aus fünfzehn Köpfen besteht, festgenommen. Amtsgerichtsrat Diehl, der die Untersuchung in der Nachschau führt, hat sich nach Altkirchen begeben, wo eine Zigeunerbande von 27

Der Hochwasserschut.

bildebte den Gegenstand einer weiteren Debatte. Stadtv. Schöbe begründete eine Anfrage über das Projekt und wies darauf hin, daß während des Hochwasserschutprojekts vom 1. März ab vier Wochen ausliege, das Projekt über den Schiffsahrtsweg nur 14 Tage ausliege. Falls von der Stadt Einsprüche geltend gemacht werden müßten, sei es dringend, es werde daher an den Magistrat die Bitte gerichtet, sich über seine Stellung zu den Projekten zu äußern.

Bürgermeister Trentin erwiderte, daß der Magistrat nächsten Dienstag zu dem Plane Stellung nehmen werde. Für Einsprüche blieben dann noch zwei Tage Zeit. Im Allgemeinen könne man dem gegenwärtigen Plane Vertrauen entgegenbringen.

Stadtv. Mugdan ist weniger zufrieden mit dem Projekt. Bei den Verhandlungen über die Schiffahrtstraße sei immer nur von dem Wege durch die Stadt unter Benutzung der Morder- oder der Nebe gewesen. Der jetzt geplante Umgehungsgraben sei etwas ganz Neues.

Stadtv. Dr. Scholz hält die gegenwärtige Lösung für eine glückliche. Die Legung des Schiffahrtsweges durch die Stadt hätte an der Universitätsbrücke große Schwierigkeiten ergeben. Der neue Kanal werde bei der Größelbrücke wieder in die Obermündung, also in dichter Nähe des städtischen Hafens.

Der Rücktritt des Oberbürgermeisters.

In bewegten Worten teilt Stadtverordnetenvorsteher Dr. Freund mit, daß am Montag ein Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Vender an die Stadtverordneten-Versammlung gelangt sei, wonach dieser in den Ruhestand treten wolle. Der Vorstand habe mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis genommen, und er habe das Gefühl, daß diese Empfindung des Bedauerns nicht nur von der gesamten Stadtverordneten-Versammlung, sondern auch von weiten Kreisen der Bürgerschaft geteilt werde. Habe doch das Gericht von dem Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Vender in weiten Kreisen zu Betrachungen darüber angeregt, welche glückliche Entlohnung Breslau in den 21 Jahren seiner Amtsführung unter seiner Initiative genommen. Er wies dabei auf die große Anzahl weitverbreiteter Unternehmungen hin, die von ihm mit weitschauenden, auf die Förderung der Entwicklung der Stadt gerichteten Mitleid durchgeführt sind, auf seine dieser Entwicklung dienende Bodenpolitik und die Erweiterung des Stadtgebietes durch Eingemeindungen. Er betonte auch die Lauterkeit seiner Verwaltung und der Mut, seine Überzeugung gegen jedermann auszusprechen, ohne die Rücksichten zu fürchten, besonders wenn es galt, die Rechte der Kommune zu wahren. Das habe er hier in diesem Saale, im Herrensaal, im Landtage, und überall ausgeprochen, machte es ihm auch ungeliebter werden. Der Redner schloß seine Worte der Anerkennung für das Wirken Dr. Venders mit dem Ausdruck, daß die Bürgerschaft Breslaus es als einen Schmerz empfinde, daß ihr verehrter Oberbürgermeister in den Ruhestand gehe, weil er sich körperlich den Aufgaben seines Amtes nicht mehr voll gewachsen fühle. Die Stadtverordneten seien alle einig, daß sie sein Ausscheiden bedauern.

Die Stadtverordneten hatten sich während dieser Worte von ihren Plätzen erhoben.

Stadtv. Dr. Seilberg (lib.) erklärte hierauf: Als einer der wenigen unter uns, die bereits vor einundzwanzig Jahren an Wahl des Oberbürgermeisters teilgenommen haben, bin ich von meinen Freunden ermächtigt, zu sagen, wie sehr es uns schmerzt, daß er von uns geht, und wie sehr wir ihm zu danken haben für alles, was er der Stadt zum Wohle getan hat. Wir können es verstehen, daß unser Oberbürgermeister nach langer Arbeit sich müde fühlt, aber ich hoffe, daß es uns doch gelingen wird, seine schätzbare Kraft auch für die Zukunft zu erhalten. (Bravo!)

Gondelfahrten auf dem Stadtgraben.

Ueber einen Antrag des Magistrats, den Stadtgraben an der Liebigshöhe zu Gondelfahrten zu benutzen, berichtete Stadtverordneter Dr. Witt. Im Jahre 1905 habe die Versammlung eine solche Benutzung abgelehnt. Es liege aber für eine Ablehnung kein stichhaltiger Grund vor. Wenn von Lärm und von Verunreinigung geredet wird, so sei dem entgegenzuhalten, daß daselbst ja auch im Winter bei der Eisbahn der Fall sein müßte. Die Benutzung des Stadtgrabens zum Schlittschuhfahren hat aber noch zu keinen Unzulänglichkeiten geführt.

Stadtv. Finger: Die frühere Anregung kam aus der Versammlung und damals war der Magistrat dagegen. Ich kann dem Plane auch heute nicht zustimmen, denn es handelt sich hier um die schönste und ruhigste Partie des ganzen Stadtgrabens. Ich bitte um Ausschussberatung. Vielleicht können wir einen anderen Teil des Stadtgrabens dafür hergeben.

Stadtv. Haber weist darauf hin, daß durch das Gondeln im Eichbornteich auch noch keine Uferbeschädigungen vorgekommen seien.

Stadtv. Kaiser bittet um glatte Annahme der Vorlage, ohne Ausschussberatung. Das Stadtbild werde sich durch die Gondeln nur noch freundlicher gestalten.

Die Vorlage wurde angenommen.

Köpfen festgenommen wurde, um die Verhafteten an Ort und Stelle zu vernehmen.

Opfer der Berge. In der Benediger Gruppe fand bei einer Skitour der Techniker Gustav Stein aus Wien den Tod durch Sturz in eine Gletscherspalte.

Zwei Jahre Zuchthaus für eine abgebißene Nase. In eine exemplarische Strafe nahm das St. ö. n. Gericht einem Privat-Telegramm zufolge den Schuhmannssohn Michael Marzel, der einer Frau im Verlaufe einer Streitigkeit die Nase abgebißen hatte. Der ärztlichen Kunst gelang es, einen natürlichen Heilungsprozeß zu erzielen. Das Gericht erkannte wegen Körperverletzung, verbunden mit dauernder Entstellung, auf zwei Jahre Zuchthaus.

Am Grabe seiner Frau. Am Donnerstag nachmittag beging der Ledoffizier Howe von der ersten West-Division in Kiel am Grabe seiner vor kurzem erst verstorbenen Frau Selbstmord. Er nahm zuvor Gift und brachte sich dann mit seinem Säbel einen Stich in die Herzgegend bei. Der Lebensmüde wurde zwar noch lebend, aber in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung an den Folgen des Giftes verstarb.

Zwölfjährige falscher Weichenstellung. Infolge falscher Weichenstellung ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen in dem Pariser Vorort Fontenay. Dreißig Passagiere erlitten dabei teils leichter, teils schwerere Verletzungen. Unter den Verletzten befindet sich auch eine Dame, deren Verletzungen so schwer sind, daß man an ihrem Auskommen zweifelt.

Ein Opfer des Vernis. Aus Tripolis kommt die erschütternde Nachricht, die besonders in den hiesigen Verste- und Bakteriologenkreise große Trauer ausgedöhnt hat, daß der Professor Dr. Albert Schüch, der berühmte und weit und breit bekannte und geschätzte Bakteriologe des Moabiters Krankenhauses, der seit Ende Januar dieses Jahres mit der deutschen Expedition vom Roten Kreuz in Tripolis weilte, dort am 27. März, der ihn plötzlich befiel, gestorben ist.

Wie die Alten saßen. Der Vater des Maczoch ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Alter von 70 Jahren in Lippe gestorben. Pavel Maczoch hat erst im vorigen Jahre zum zweiten Male geheiratet und hinterläßt ein junges Weib.

Da kann man es ja seinem talentvollen Sohne nicht weiter übel nehmen. Es scheint eben in der Familie zu liegen. In drei Stunden von London nach Paris. Der Flieger Salnes ist Donnerstag früh 6 Uhr in London

Gegen die Anstellung des Inspektors Witte bei der städtischen Straßenbahn erhebt Stadtverordneter Zimmer (Soz.) Einspruch. Der Ausschuß wird noch zu prüfen haben, ob Herr Witte der geeignete Mann ist, um in städtischen Dienst genommen zu werden.

Der Ankauf von Oberäckern für 86 985 Mk., eines Ostaschiner Grundstückes für 85 000 Mk., von Parzellen an der Strehlerer Straße für 21 000 Mk., von Straßenland vor Dubenstraße 109 für 680 Mk. wurde genehmigt.

Eine Zuegelgabe von 8000 Mk. an den Vaterländischen Frauenverein Breslau wurde bewilligt. Der Beschaffung von vier Motorprengwagen für 66 000 Mk. stimmte die Versammlung zu.

Die Baupläne für das Schulhaus an der Liegnitzer Straße, das 5 900 Mk. erfordern, wurden genehmigt. Die Pflasterung der Steinstraße zwischen Dubenstraße und Strehlererstraße wurde beschlossen und ebenso die Befestigung der Lindenallee zwischen Lohstraße und Mitterallee.

Für Instandsetzung des Uriums der Liebigshöhe wurden die Mittel bewilligt. Die Abfindungssumme an den Landkreis Breslau bei Eingemeindung von Gräbchen ist auf 95 222 Mk. festgesetzt worden. Schluß der Sitzung kurz vor 7 Uhr.

Auf der Schwedenschanze hinter Döblich fangen die alten schönen Kiefern an abzustorben. Schon jetzt muß für gleichwertigen Ersatz gesorgt werden. Der Magistrat beabsichtigt deshalb, die Schwedenschanze, soweit es nötig ist, mit Kiefern aufzufordern und fordert 880 Mark. — Im dem Entwässerungsgraben, der neben dem Bromenadenweg an der Chaussee bei der Schwedenschanze entlang läuft, ist keinerlei Schutzvorrichtung angebracht. Personen, die abends den Bromenadenweg benutzen, können daher leicht, wie es auch tatsächlich vorgekommen ist, von dem Wege abkommen und in den Graben fallen. Um diesen Unfallszustand zu befeitigen, soll an dem Grabenrande entlang eine lebende Decke gepflanzt werden. Die Kosten dafür sind auf 280 Mark berechnet.

Wahrung, Holzarbeiter! Im Krieg nimmt die Ausschwertung der Arbeiter durch disziplinbrüchige Unternehmer schwerere Formen an. — Im Graf Schaffgotsch'schen Betriebe in Warmbrunn wird die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verband nicht gestattet. Zugang von Tischlern, Köchtern und Maschinenarbeitern nach beiden Orten ist streng fernzuhalten. Die Bauleitung.

Gaukläuser und seine Folgen. Die Frau eines Eisenbahn-Maschinenführers in Koblenz bekam vor zwei Jahren mit einer Hausnachbarin Streit. Die beiden Frauen sagten sich natürlich keine Liebenswürdigkeiten. Die Folge war eine von der Frau des Maschinenführers anhängig gemachte Verleumdungsklage, weil ihr die Gegnerin im Verlaufe des Wortwechsels gesagt hätte: „Ihr lebt ja bloß vom Kohlenbier“. Auch der Staatsanwalt nahm sich der Sache an und leitete eine umständliche und langwierige Untersuchung ein, wobei es sich herausstellte, daß die Frau des Kohlenbiers tatsächlich einmal, als sie ihrem Mann zur Mittagszeit das Essen brachte, ein paar hermliegende Kohlenstücke vom Bahnkörper aufgeteilt und zum Verbrennen mit nach Hause genommen hatte. Die Frau, die in ihrem Leben noch nie bestraft worden ist, hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Sie machte zwar geltend, sie habe sich beim Aufheben der geringwertigen Kohlenstücke weiter nichts gedacht, doch konnte sie dieser Einwand nicht vor Verurteilung schütten. Der Staatsanwalt beantragte wegen Diebstahls die nach dem Gesetz niedrigste Strafe, nämlich einen Tag Gefängnis. Das Gericht erkannte nach diesem Antrag. Bei Verkündung des Urteils bemerkte der Vorsitzende: „Sehen Sie, das kommt davon, wenn Frauen kläuser und noch dazu die Gerichte behelligen. Den Verleumdungsstrafantrag hätten Sie sich ruhig sparen können“. Diese Worte sind gewiß zu beherzigen.

Die verschwundenen Säcke. Die Arbeiter Wilhelm Dzialla und Karl Großer aus Breslau hatten sich am Mittwoch vor der hiesigen ersten Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Am 9. August 1911 fuhren die beiden mit einem vierrädrigen Handwagen in den städtischen Nachhof und luden dort ganz einfach etwa 800 Leere Säcke der Firma Scholz und Co. auf, mit denen sie ebenso unbehelligt wieder von dannen fuhren. Die beiden Tische hatten sich durch die Unwesenheit des städtischen Nachhofwärters bei ihrer „Arbeit“ nicht im geringsten stören lassen. Von den einwendeten Säcken ist bis heute kein Fingst übergesehen worden. Als am nächsten Tage ein Angestellter der Firma im Nachhof erschien, stand er sehr erstaunt vor dem leeren Plage, wo früher die Säcke aufbewahrt lagen. Nach einiger Zeit gelang es der Kriminalpolizei, die Täter festzunehmen, die trotz ihres Leugnens von dem Nachhofwärters mit voller Sicherheit wiedererkannt wurden. Das Gericht verzurteilte den auf gleichem Gebiet schon schwer bestraften Dzialla, zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus und Großer zu vier Monaten Gefängnis.

aufgestiegen und um 11 Uhr in Hiss-les-Moultineau in ausgezeichnetem Verfassungslage gelandet.

Ein Hochzeitszug von 13 Personen erstarben. In der Nähe von Kologriw im Gouvernement Kostroma ist ein Hochzeitszug von 13 Personen während eines Schneesturmes erstarben.

Mutter und Sohn durch einen kalten Schlag betäubt. Bei dem Gemitter am Mittwoch wurde durch einen kalten Schlag im Hause des Arbeiters Schuente in Sandau, Mutter und Sohn, die in der Haustür standen, getroffen und betäubt. Der Sohn konnte erst nach zweistündiger Bewußtlosigkeit ins Leben zurückgerufen werden.

5 Matrosen ertrunken. Aus Larochele wird berichtet, daß 5 Matrosen umgelaufen sind, welche sich in einer Barke befanden. Die Barke wurde vom Sturm an den Strand geschleudert.

Doppelmord in Salmal. Als Mörder des Ehepaars Pofetichel in Salmal wurde heute in Kznigratz der 18jährige Handelsakademiker Desensky verhaftet. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Die Irrelehren eines russischen Mönchs gelangten vor dem Forum des höchsten geistlichen Gerichts in Petersburg, dem Synod, zur Erörterung. Angeklagt war der Hieromonach Annocenz aus dem Kloster Malta in Westsibirien. Der Mönch hatte durch seine Irrelehren so auf seine Hörer eingewirkt, daß diese irrsinnig wurden. Darunter befanden sich namentlich viele Pilger, die dann in ihre Dörfer zurückkehrten und dort die Irrelehren weiterverbreiteten. So kam es, daß in den Gouvernements Westsibirien, Pskow und Cherson die Bewohner ganzer Dörfer geisteskrank wurden. Schließlich griff die weltliche Behörde ein und erstattete Anzeige gegen den Mönch. Das Gericht verzurteilte ihn zur Verbannung nach dem einsamen Morumostoff im Gouvernement Olonez, wo er unter die Aufsicht des Priors gestellt werden soll, bis er seine Irrelehren widerruft.

Die Kleine Gemeinde der Welt liegt, wie man wohl mit Recht annehmen darf, in Kreuze Wigenhausen. Die Dorfgemeinde Wollstein bei Walbkappel hatte nämlich bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ganze vier Einwohner, und darunter waren sogar noch zwei Kinder.

Neue Tropfsteinhöhlen. Einer Meldung aus Brinn zufolge wurden in der Nähe von Blanskow zwei wundervolle Tropfsteinhöhlen entdeckt, deren Ausforschung demnächst in Angriff genommen werden wird. Heute aber scheint es schon festzustehen, daß sie zu einem Neze weit verzweigter Höhlen gehören.

Heute Freitag abend

beginnt im Saale des Gewerkschaftshauses der Vortragskursus des Genossen Richard Woldt-Berlin über

Technik und Arbeiterbewegung

der an seinem ersten Abende die langjähige Entwicklung des "eisernen Arbeiters", der Maschine, bringen wird, die mit dem von Sklaven oder Sträflingen getriebenen Tretrad ihren Anfang nimmt.

52.900 Mark

betrug bis zum Donnerstag Abend die Summe der für das Gewerkschaftshaus gezeichneten Beiträge. Unter den neuen Spenden befinden sich 300 Mark vom Verband der Handwerkskammer (Lokalverein). Mit den Gewerkschaftsbeiträgen sind 114.800 Mark beisammen.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Breslau-Stadt weisen wir darauf hin, daß am nächsten Montag der monatliche Zahlungsbefehl abgehalten wird. Alle Parteigenossen und Genossinnen sollten es als ihre Pflicht betrachten, den Zahlungsbefehl zu bejahen, wo immer beschreibende Vorträge gehalten werden und Debatten die anregend wirken.

Überflüssiges Geld scheint der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in Breslau zu haben. Er vertritt ein Flußblatt mit der ledernen Rede des Reichszanlers Bachmann. Bei der schon die Abgeordneten einschließen sind. Wahrscheinlich denkt man damit auch den deutschen Michel wieder in den Winter Schlaf zu wiegen. In Breslau wird man damit kein Glück haben.

Pastor Nitsche wurde gestern wieder wegen Verleumdung eines Oberlehrers zu 130 Mark Geldstrafe verurteilt. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

Der Breslauer Konsum-Verein hielt am Donnerstag in den Unionskassen seine Jahresversammlung ab unter Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses Ge. Justizrat Geisler. Die neu gewählten Abgeordneten traten zum ersten Male in Tätigkeit. Nach dem vom Betriebsdirektor Herr Welecl erstatteten Geschäftsbericht hat sich der Verein im Jahre 1911 weiter entwickelt. Nach allen Nachrichten um die Abrechnungen ist ein Netto-Uberüberschuss von 2.660 89 Mk. erreicht worden. Im Vorjahr belief er sich auf 2.514 104 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 95 733; das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr von 1 473. Der Warenerlös für 1911 betrug 22 738 719 Mk. 1910: 21 526 263 Mk. Die öffentlichen Lasten, die der Verein zu tragen hat, nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die Staatssteuern betragen 130 560 Mk., Gemeindefiskussummen 160 106 Mk., die Gewerbesteuer 45 740 Mk. Die Versicherungsbeiträge zu 47 395 Mk., zusammen 881 837 Mk. Direktor Welecl berichtete, daß die Nachverträge wegen der städtischen Vordermühle mit dem Konsumverein abgeschlossen sind; die Vordermühle konnte bereits am 6. Februar 1912 in Betrieb gesetzt werden. Die im Seitenflügel des Mühlengrundstücks günstig untergebrachte Neuanlage zur Herstellung von Vollkommenmehl wird Anfang April betriebsfähig sein. Herr Welecl hob hervor, daß diese Einrichtung die erste in Deutschland ist, die das Mägenorn vollständig, mindestens aber bis 97 Prozent mahlt, so daß der Weizen ein Einheits- und Mineralstoff dem Mehl erhalten bleibt. Nach Gutachten bedeutender Chemiker und Hygieniker soll das Vollkornmehl mehr Nährwert haben als das helle Brot. Wie stets, wurde auch diesmal der Bericht des Direktors mit Beifall aufgenommen. Von den Vertretern hörte man nur die Travorufe, sonst keinen Ton. So wie sie gekommen, gehen die Herren Vertreter wieder nach Hause. Wer die Zahlen im Geschäftsbericht richtig verfolgt, wird finden, daß der Gang der Entwicklung des Vereins viel langsamer wird. Der Erlös der Waren hat zwar um 212.000 Mark zugenommen, diese Steigerung ist aber doch nur beim Umfange anzuschreiben, daß die Preise vieler Artikel in die Höhe gegangen sind. In Wirklichkeit ist der Umsatz derselbe geblieben. Die Mitgliederzunahme ist gegen frühere Jahre auch verhältnismäßig gering. Der Wahl der vorgeschlagenen 21 Verwaltungsräte wurde einstimmig zugestimmt. Die Stückewahl beträgt wiederum 11 Prozent. Die Auszahlung beginnt am 8. März.

Gewahrgelt. Es wird uns geschrieben: Herr Jeltich, der Besitzer des Apollo-Kinos, Scheinwerferstraße, hat seinem Operateur die Stellung gekündigt, die er seit drei Jahren einnimmt. Der Operateur ist nach der eigenen Aussage des Herrn Jeltich ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter in seinem Fache. Die Entlassung ist darauf zurückzuführen, daß die Kino-Angestellten Herrn Jeltich veranlassen, die Gewährung der freien Tage für die Angestellten in derselben Form durch Unterschrift anzuerkennen, wie dies von den anderen Besitzern bereits geschehen ist.

Gewerkschaftler, Genossen! Der Zweigverein der Freisprengeligen Breslauer bittet die organisierten Arbeiter, nur die Barbiergehäfte zu besuchen, wo organisierte Gehilfen beschäftigt sind. Wir bitten, unser jüngst ausgegebenes Flugblatt genau zu beachten. Ferner soll jedes Barbiergehäfte wochentags nach 8 Uhr abends und Sonn- und Feiertags nach 1 Uhr mittags gemieden werden. Der Vorstand.

Mieseuleger-Versammlung. Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Achtung, Transportarbeiter! Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 6. März ist jedes Mitglied verpflichtet, einen Anteil von 6 Mark vom Bau des Gewerkschaftshauses zu erwerben. Die Anteile können in Raten zu je 50 Pfennig ausgebracht werden. Sammelkarten und Marken sind bei unseren Bezirkskassierern zu haben. Auch wir Transportarbeiter wollen nach besten Kräften dafür sorgen, daß die auf unsere Organisation fallende Summe von 6 x 3000 = 18 000 Mark für das Gewerkschaftshaus ausgebracht wird. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß Karten zum Vortragskursus über Technik und Arbeiterbewegung in unserem Bureau zu haben sind. Soweit die Kollegen alle vier Vorträge besuchen, erhalten sie auch diese Karten unentgeltlich. Die Ortsverwaltung.

Vermißt wird seit dem 2. März abends 9 1/2 Uhr der 32-jährige Arbeiter nervalende Schiffsheuer Paul Kluge. Er hatte am 27. v. M. in Colet O.S. seinen Kahn verlassen, um nach Breslau zu fahren. Hier besuchte er in Gemeinschaft mit zwei Schiffen verschiedene Gastwirtschaften und wurde dann nicht mehr gesehen. Der Vermißte hatte etwa 50 Mark bares Geld bei sich.

Zwei Betrüger verhaftet. Im Hotel „Stadt Frankfurt“ Berlin, verhaftete die Kriminalpolizei am Dienstag abend zwei bereits schwer vorbestrafte Männer, die hier verhaftet hatten, Betrügereien auszuführen. Der eine von ihnen, namens August Schön, ist zu Moskau geboren und 26 Jahre alt. Er ist vor sechs Jahren ebenfalls in Breslau verhaftet worden wegen Anfertigung von 25 falschen fünfzigmark-Banknoten, deren eine er in Briesig in Zahlung gegeben hatte, wobei er gefaßt worden war. Er war dann zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er in Striegau verbüßt hat. Von dort ist er am 20. Januar d. J. nach Breslau entlassen worden, ist tatsächlich hierher gekommen und hat sich im genannten Hotel eingequartiert. Schön ist von Hause aus Kunstmaler und Lithograph und hat sich nach seinen Angaben hier mit Porträtmalerei, Zeichnung von Wägen- und Ansichtskarten Erwerb beschaffen wollen, um im März oder April nach Rußland überzusiedeln, wo er in Moskau eine vermögende Schwester besitzen will, von der er nach seiner Angabe nicht bloß für sich wiederholt größere Geldbeträge erhalten hat, sondern die auch auf seinen Freund Wilhelm Kuhne Summen gesandt hat. Dieser Kuhne, der zweite Festgenommene, ist auf Ersuchen des Schön vom Dominium Käsberg (Hannover bei Gifhorn), wo er in Stellung gewesen ist, auch bereits Ende Januar nach Breslau gekommen und hat ebenfalls im Hotel „Stadt Frankfurt“ Quartier genommen. Nach seinen Angaben hat er seinen Semester-Mebeln hinterlassen; daraufhin ist er dann wiederholt sowohl auswärts wie auch jetzt hier in Breslau als „Doktor“ aufgetreten und hat verschiedenen Leuten Rezepte verschrieben, die er mit Dr. Kuhne unterzeichnete. Er ist wegen Betrugs wiederholt vorbestraft und wurde auch gegenwärtig von der Staatsanwaltschaft Breslau wegen gleichen Vergehens gesucht. Die beiden Männer haben nun in dem Hotel ein ziemlich großartiges Leben geführt, wozu sie die Mittel, wie angegeben, aus Moskau von der Schwester Schön erhalten haben wollen. Dies hat aber nicht ausgereicht, sondern sie hatten auch bereits im Hotel eine Schuld von etwa 250 Mark zu begleichen und haben außerdem von einem Restaurateur, den sie oft besuchten, 90 Mark, und von einem Wirtshändler 20 Mark abgerufen.

Den Anlaß zu ihrer Festnahme gab der Versuch eines Betruges, den Schön gegen den Bazarhändler Diehring auf der Lobestraße auszuführen versuchte. Dieser hatte Schön im Hotel kennen gelernt und, da letzterer ihm erzählt hatte, er habe in der Reichsdruckerei in Berlin als Zeichner an der Herstellung der Zeichnungen zu Banknoten gearbeitet, ihm aufgeboten, einen Tausendmarktschein nachzubilden. Dazu war Schön bereit gewesen und hatte sich zu diesem Zwecke am vergangenen Montag in der Wohnung Diehrings eingefunden. Hier vertraute ihm dieser einen Tausendmarktschein an, nach dem Schön eine Zeichnung herzustellen unternahm. Am Dienstag erschien er dort wieder, arbeitete einige Stunden, brach dann aber auf und übergab das Zeichenmaterial zur Verwahrung mit der Bedingung, es nicht weiter zu berühren, da sich sonst die Zeichnung verwischen würde. Frau Diehring schloß aber gerade heraus Verdacht, sah nach und entdeckte, daß der Tausendmarktschein fehlte, dafür aber ein ebenso großes Pabier mit einem Quarrenstempel eingeklebt war. Sofort wurde Schön verhaftet und die Kriminalpolizei verständigt, die denn auch Schön und Kuhne bei deren Eintreffen im Hotel noch am selben Abend festnahm. Schön hatte den Tausendmarktschein noch bei sich in der Tasche und behauptete, er habe ihn nur an sich genommen, um ein Muster beim Einkauf von richtigem Papier für die Nachbildung zu haben. Da Schön bereits von der Strafanstalt Striegau einen Meißel nach Mißbrauch beschlagnahmt worden, daß er mit dem Tausendmarktschein sofort seine Reise nach Moskau antreten hätte. Die beiden Festgenommenen sind dem Gericht eingeliefert worden.

Erhängt aufgefunden wurde am 7. d. Mts. mittags um 12 1/2 Uhr, in ihrer Wohnung, Posenerstr. 81/83, die 32-jährige alte Arbeiterin Anna Seidel. Die Leiche wurde in das Schauhhaus geschafft.

Eine acrobatische Diebin macht sich seit einiger Zeit in verschiedenen Stadtteilen bemerkbar. Sie weiß unter den verschiedenen Vorwänden in Privatwohnungen zu gelangen. Entweder sie albt sich als Wohnungsinspektorin aus, oder sie hat bei der Wohnungsinhaberin eine ersonnene Bestellung auszurichten, indem sie sie in der Tasche als Kochran, als Näherin oder Perleure irgendwohin geschäftlich zu bestellen hat. Dabei findet sie Veranlassung, längere Zeit in der betreffenden Wohnung zu verweilen, und sie nutzt diese Gelegenheit zur Ausführung irgend eines Diebstahls. Mit Vorliebe entwendet sie Vorterronnenäcker oder sonstige Wertgegenstände. Die betreffende Person ist mittelalt, schwächlich und trat teils unter dem Namen Weinert, teils unter dem einer Ida Wagner und dem einer Reich auf.

Gefunden wurden ein Damenregenschirm, ein Kinderwagen, eine Damenhandtasche mit Inhalt, eine silberne Damenuhr, ein Rehmarskfließ, eine Verlehnstasche, ein Paket mit weißen Spitzen, ein Damenfahrrad, eine Knabenpelzmütze, eine Krille mit Goldfassung, eine Kleiderbürste. Abgeholt im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Neueste Nachrichten.

Zur Reichstags-Präsidentenwahl.

Berlin, 8. März. Die Fraktionen hielten gestern verschiedene Sitzungen und Verhandlungen ab, in denen zu der heute stattfindenden Reichstagspräsidentenwahl Stellung genommen wurde. Das Zentrum hielt nach Schluß der Plenarsitzung eine Fraktionssitzung ab, um Stellung zu der heute stattfindenden Neuwahl des Reichstagspräsidenten zu nehmen. Die Fraktionssitzung war nur von kurzer Dauer, und über ihr Ergebnis wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Die Nationalliberalen Fraktion des Reichstages hält erst heute morgen die abschließende Sitzung ab.

Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wird, wenn überhaupt noch vor dem Beginn des Wahlaufes eine Klärung zu erwarten ist, diese erst im letzten Augenblick eintreten. Am wahrscheinlichsten dagegen wird es wohl sein, daß es der Wahlkampf-Lung selbst erst vorbehalten sein wird, dem Chaos der Konstellationen ein Ende zu bereiten. Auf der Abwartung der einzelnen Parteien stützt sich die gestern Abend noch vielfach verbreitete Annahme, die eigentlich in dem Wirrwarr der Mutmaßungen die neueste ist, es könne heute schließlich das als provisorisch gedachte bisherige Reichstagspräsidentium endgültig mit der Leitung der Geschäfte betraut werden.

Mäßregel gegen den Streik.

Berlin, 8. März. S. L. B. meldet: Gestern mittags hat der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, sämtliche Reichstagsabgeordnete, die den Bergarbeitern nahestehen, zu einer Besprechung zu sich gebeten. In dieser Besprechung nahmen teil die Abgeordneten Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Siebers von dem Zentrum, Sasse von der Sozialdemokratie, der Pole Sozialist und der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gue. Über das Ergebnis dieser Verhandlung hat dem Minister nicht allseitig das strengste Stillschweigen beobachtet. Es verlautet aber, daß von den Teilnehmern an der Konferenz der Standpunkt vertreten worden ist, daß der einzig gangbare Weg, um den Ausbruch eines großen Streiks unter den deutschen Gewerkschaften zu verhindern, der sei, daß die

Regierung selbst die Grubenbesitzer und Besondereverwaltungen berufslos, ihrerseits die Arbeiterausschüsse einzubedenken, um diesen freiwillig und ungedungen eine bindende Auflage über die notwendigen Lohnverbesserungen zu machen. Andernfalls dürfte der Streik nach der Ansicht sämtlicher Konferenzteilnehmer schon bald als unvermeidlich erscheinen. Man rechnet sogar schon damit, daß von den 350.000 Bergarbeitern mindestens 150.000 Bergarbeiter die Arbeit schon am kommenden Sonntag ablegen, sobald ein großer Teilstreik schon mit dem kommenden Montag eintritt.

Man sucht Arbeitswillige.

Ahn a. Rh., 8. März. Agenten aus dem Ruhrgebiet suchen in den Saar- und Buren-Revieren Bergarbeiter mit langfristigen Kontrakten anzuwerben. Da hohe Löhne versprochen werden, sind bereits zahlreiche Arbeiter angeworben.

Das Regierungsgeschäft leidet.

London, 7. März. Wie es heißt, wird die Kohlenkrise die Pläne des Königs in der Weise beeinflussen, daß der Zeitpunkt für verschiedene in Aussicht genommene Regierungsgeschäften nicht genau festgesetzt werden wird, so lange die Unruhe in der Industrie akut bleibt. Die Staatsbesuche an fremden Höfen würden wahrscheinlich ihrem Zeitpunkt nach bereits festgelegt sein, wenn normale Bedingungen geherrscht hätten. Wenn die Verhältnisse sich halb bessern, bräuchten diese und andere Pläne nicht endgültig ernstlich gefährdet sein, wenn aber die Erfolglosigkeit der Verhandlungen andauert, werden einzelne Regierungshandlungen bestimmt aufgeschoben und andere könnten ganz aufgegeben werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß hinsichtlich der Staatsgeschäfte, für die schon alle Vorbereitungen getroffen waren, eine Unterbrechung eintreten wird.

Chinas Finanznot.

New York, 8. März. Die Berichte aus China lauten wiederum so ungünstig, daß von Manila mehrere laufende Mann dorthin abgehen werden. Japans Vorschlag, China unter internationale Finanzkontrolle zu stellen, die genügende Fonds zur Auszahlung des Geldes an die Truppen und zur Durchführung der nötigen Reformen zur Verfügung stellen soll, wird in der amerikanischen Presse vielfach erörtert und findet durchgängig eine sehr beschränkte Aufnahme. Der Vorschlag wird von den bedeutendsten amerikanischen Politikern und Finanzgrößen unterstützt, weil die Fähigkeit Finanzkraft, die Situation zu bewältigen, ernstlich angezweifelt wird.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 8. März: Vortragskursus im großen Saal. Sonnabend, den 9. März: Gemeindefreier-Verband. Stiftungsfest im großen Saal. Leberarbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 2. Esperanto-Versammlung im Zimmer 6. Abstimmen. Treffpunkt im Lokal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 7 (Nikolator). Sonntag, den 10. März, von 9 Uhr vormittags an, Mitglieder-Agitation. Die Genossen treffen sich im Lokal von Dörfelstr. 62. Distrikt 16a (Wohrauer Str.). Sonntag, den 10. März, von morgens 9 Uhr an, röhrt vom Distriktlokal Wohrauer Straße 70 aus eine Mitglieder-Agitation unternommen, zu der alle Genossen des Distrikts eingeladen sind.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 5. Bezirk Leipe, Peterdorf. Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bollberg. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütz über die Gemeindefreierwahl. 2. Auffstellung eines Kandidaten. 3. Verschiedenes. Landdistrikt 9. Groß-Mosbern. Sonntag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, Distriktszusammenkunft. Vortrag und Besprechung über die Gemeindefreierwahl. Landdistrikt 10. Gräbchen und Opperau. Montag, den 11. März, abends 8 Uhr: Zahlung und Versammlung der Mitglieder mit wichtiger Tagesordnung. Der Distriktsführer. Landdistrikt 12. Sonntag, den 10. März, findet von Stanek, Böpelwitzerstraße aus, eine Agitation für die Volkswacht statt. Alle Genossinnen und Genossen werden ersucht, rege daran teilzunehmen und pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen. Der Distriktsführer. Landdistrikt 14. Gerbain-Dürrog. Sonntag früh 6 1/2 Uhr treffen sich die Genossen zur Kundgebungsfeier bei Galle, Hirvelstraße. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Montag: Jahrelang bei Jahn, Schönstraße 21, nicht bei Galle, wie irrtümlich im Vereinskalender gemeldet wurde. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Strowig. 2. Wahl eines Bezirkskassierers. 3. Verschiedenes. Der Distriktsführer. Landdistrikt 18. (Mahren.) Sonnabend, 9. März abends 8 Uhr bei Birne in Rathen. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hermann. 2. Die Gemeindefreierwahl. 3. Verschiedenes. Landdistrikt 21/22. (Neumarkt.) Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr im Gelben Löwen, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der alte und der neue Reichstag. Redner: Genosse Strowig. 2. Unsere Agitation. 3. Verschiedenes. Die Mitgliederbesitzer sind mitzubringen.

Redaktion des Wolkoffens
man muss wissen, dass
die Wolkoffens

Der Ofen muss...



Konfirmanden-Schuhe und -Stiefel
 kaufen Sie billigt
Schuh-Stage Graneist
Liegnitz
 Frauenstraße 33, 1. Etage, schrägüber der Niederkirche.
 Kein Laden. 2495

Reste zu Konfirmanden-Anzügen, Herren-Anzügen, Beinkleidern, zu Konfirmanden-Kleidern, Damen-Kleidern, Blusen, Röcken, größte Auswahl, billigste Preise **S. Glogauer**, Goldene Madegasse 18.
Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.
 Lager moderner und praktischer Stoffe.
V. Liepelt, Schneidermeister, Blücherstraße Nr. 21.
 Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.
 Konfirmanden-Anzüge für Knaben auf Lager. 1990
 Kleider für Mädchen werden angefertigt.

Sommer-Paletots
 Einheitspreise: 13 50 16 50 19 50 23 50 Mk.
Salomonski & Co., Blücherplatz 2.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

<p>Beuthen O.-S. Brauereien. Vereins-Brauerei A.-G. Kurz-, Weiss- und Wollwaren. Cohn, E., Inh.: M. Wartsch, Edelbaderstr. Lebensmittel-Konsum. Böhm, W., Kirchstraße u. Krausenstraße</p>	<p>Dtsch.-Lissa, Stabelwitz. Bäckereien. Bessin, Adolf, Dohrenstraße 2. Biesewetter, Arthur, Konsum-Vierant. Vond. Jol., Dohrenstr. 3, Krampferstr. 23. Brauereien und Restauratoren. Bolauer, August, Breslaustr. 21. Bolg, Heinrich, Eichenstr. Weidner, Gartenstr., Eichenstr. Wilmshel, Anton, Breslaustr. 3. Eisen- und Fahrradhandlung. Pank, Paul, Breslaustr. 27. Fahrräder und Nähmaschinen. Klose, Friedr., Werkstatt.</p>	<p>Fleischeren und Wurstfabriken. Hofe, Paul, Burgstraße 1. Hofmann, Oskar, Dohrenstraße. Scholz, Josef, Dohrenstr. 17. Galanterie- u. Spielwaren. Altmann, Emil, Ring 65 (Erdbe. Schme). Engel, Wilhelm, Ring. Müller, Julius, Ringstr. 17. Herren- u. Knaben-Garderobe. Kling, Otto, Ring 1, Herren- u. Damenstr. Pring, Theod., Dohrenstr., Dohrenstr. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Weidlich, Ernst, Ringstr. 60. Kaufhäuser. Scholz, Fritz (4. Rabat). Kleider und Schuhwaren. Schumann, Ewald, Tempelstr. 13, 1. Kleiderstoffe, Garderobe, Schuhw. Kaufhaus R. Schumann, jetzt Ring 10. Kolonialwaren, Bier, Zigarren. Schöner, P., Ringstr. 59. Pöhl, Adolf, Ring 7 (Raffinerie). Leinen- u. Baumwollwaren. Vogt, R., Erdbe. Schme. 10. Restauration und Fruchtweine. Hilbig, Ernst, Dohrenstr. 40 (Zungbr.). Schnitt- und Weisswaren. Döbe Ngr. (Inh. P. Perle) Ring 5, 5% R. Hoffmann, Marie, Ring 19 (4% Rab.). Schuhwaren. Hartmann, Gustav, Ringstr. 59. Uhren und Goldwaren. Häsel, Gustav, Ring 25. Zahn-Atelier. Rühmer, Bruno, Ring 11. Zuckerwaren, Schokoladen, Kaffee. Fingler, Ludwig, geb. Fühner, Burgstr. 8.</p>	<p>Liegnitz Maurwitz, Ludwig, Frauenstr. 9. Schuhwaren u. Schuhmacher. Cohn, Albert, Neue Carthausstraße 62. Grotzner, Paul, Ring 50, Edelbaderstr. Gadenberg, Ignaz, Burgstraße 69. Jänschke, A., Edelbaderstr. 2, Edelbaderstr. Kratoch. Karl, Glogauerstraße 18a. Wilsch, Konstantin, Burgstr. 38. Schuh-Stage Graneist (kein Laden). Seidel, H. (H. Steinbrecher), Mittelstr. 20. Silbermann Schuhhandl., Ring 9. Wiese, R., Carthausstr. 22, Mahonstr. 10/11. Strampfstrickererei. Gontak, C., Frauenstr. 30, Strampfstr. 1, Art. Bill. Topplioche, Gardinen, Lüfterstoffe. Schödel, H., Mittelstr. 83, Steppen-Schneider. Trikotas, Weiss- u. Wollwaren. Brühl, Wwe., D. Schlegelstr. 29. Uhren und Goldwaren. Wast, Max, Neue Carthausstraße 56. Wastel, H., Goldbergerstraße 4, am Ring. Wilsch, R., Mittelstr. 81 (Spez. Trauringe). Wäsche, Wollwaren, Herrenstr. Ehler, Karl, Breslaustr. 1. Wurstfabrik. Gaertel, Otto, Ring 47 (am Fischmarkt). Zahn-Atelier. Pusch, Max, Goldbergerstraße 9, II. Zigarren, Zigaretten. Orleger, Wilhelm, Schloßstraße 23. Kreb, Paul, Neue Carthausstr. 2. Schmidt, Max, Gustav-Adolfstr. 22. Steinborn, Rich., Gustav-Adolfstr. 34. Schneider, Verthold, Mittelstr. 57.</p>	<p>Schirme, Stöcke, Handtaschen. Cohn, Leopold, Ring 1, Eingang Frauenstr. Herren- u. Knaben-Garderobe. Ruppert, Fr., Langstr. 11, Arbeitergasse. Stöckelmann, Georg, Ring 34. Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27. Herrergard., Schuhwaren, Möbel. Jablonowski, S., Dohrenstr. 32. Holz- u. Kohlenhandlung. Triller, Carl, Neuhäuserstraße 55. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Holzweilig, Franz Nachf., Mittelstr. 14. Hebanzig, L., Ring 11/12, Schulstr. Bach, Frh., Ring 30, Bill. Bezugsquelle. Kinematograph. „Difon“, Edl. Verfahr. erstl. Prog. Kolonialwaren und Lebensmittel. Grütter, Ernst, Langstr. 28. Korte, Rob., Ring 5, Latat u. Zigarren. Kurz-, Weiss- und Wollwaren. Süß, Hermann, T. T. Tabl., Ring 27. Schwedberg, G., Ringstr. 39. Manufakturwaren. Cohn, Albert, Ringstr. 31. Möbel- und Holz-Magazin. Ledermann, Christian, Wagnerstr. 14/17. Photographisches Atelier. Dietrich, Alfred, Ringstr. 7. Schankwirtschaften. Ruppert, W., „Fangt Gut“, Mittelstr. Schuhwaren und Schuhmacher. Bartsch, Max, Langstr. 13, Rep. Werk. Bürger Schuhfabrik, Ringstr. 27. Schütz, W., Schuhwarenhandl., Langstr. 55. Staudt, C., Ringstr. 12. Urbanzig, L., Ringstr. 11/12. Spiegel, Möbel, Pelzwaren. Fröhlich, H., Langstr. 2, Ed. 508. Uhren und Goldwaren. Edelburg, J., Ringstr. 6, Rep. Werk. Strangfeld, Ernst, Ringstr. 3. Zigarren, Zigaretten, Papierwaren. Bürger, G., Ringstr. 4, ne. b. Schankwirt. Döberlein, Georg, Edl. Zoll-u. Burgstr.</p>	<p>Putz, Kurzwaren, Weisswaren. Cohn, Carl, Inh.: S. Dypenheimer. Lager fertiger Särge, Bantischlerer Quitschalle, G., Ring 21. Märzdorf/Steindorf. Gasthäuser. Gerich, Streifham, (Inh. P. Cohn), Märzdorf. Gemischtwaren. Stöber, Adolf, Märzdorf. Berger, Ernst, Steindorf. Oltaschin Kolonial- und Gemischtwaren. Gutsch, Gustav, Zigarren, Zigaretten. Peisterwitz. Bäckerei. Gröbisch, Wilhelm, Ringstr. 8. Gemischtwaren. Kaufhaus Witz, Gröger, Hauptstr. 13. Qualkau Bäckerei und Kolonialwaren. Döfel, Gustav, Qualkau. Fleischeren. Sud, Hermann, Qualkau. Ströbel Fleischeren. Klein, Bruno, Fleischer u. Kraftbetrieb. Gasthäuser. Ehrlich, Kurt, jöhner Saal. Strehlen Bier-Brauereien. Jaekel, Rob., Brauerei W.-G. Herren- u. Knaben-Garderobe. Weinger, Karl, Spezial-Geschäft. Kinematographen. Central-Kino-Theater, Konfitehof. Kolonialwaren, Drogen, Zigarren. Trautmann, C. F., Inh. Carl Trautmann. Restaurationen. Weisses Lamm, Inh. R. Kunert, Nicolaistr. 92. Uhren, Gold- und Musikwaren. Garbhe, Ed., Fahrräder, Nähmaschinen. Trebnitz Bier-Brauereien. Trebnitz-Genossensch.-Brauerei, C. G. m. b. H. Drogerien. Osk, Diabildan, Klosterstraße 1a. Fahrräder, Nähmasch., Grammoph. Gehr, Wilh., Ringstr. (gr. Rep. Werk.). Herr.-Arb.-Gard., Manufakturw. Eitner, Eugen, Langstr. 34, Hüte, Weißb. Kolonialwaren, Glas u. Porzellan. Rubisch, Oswald, Langstr. 12. Manufakturwaren, Garderobe. Durra, Wilhelm, Spez. Restauration. Medowaren und Konfektion. Gutzl, Richard, Langstr. 36. Putz, Weiss, Wollwar., Kleiderstoffe W. Johmann, Inh. (H. G. m. b. H.) Langstr. Restauration. Konjert, (Inh. G. H. m. b. H.) Brauerei Schuhwaren u. Schuhmacher. Benkert, Friedrich, Langstr. 65 u. Dreifisch Wenzel, H., Kurzerstraße 7. Janitz, August, Langstr. 39a. Tuchlag., Kontekt, Arb.-Gard., Brandt, Wilhelm, Mittelstr. 1. Uhren u. Goldwaren. Richter, Hugo, Dreifisch, (Sp. Trauringe) Zigarren, Rauchwaren. Scholz, Th. R., Langstr. 67. Zaborze-Zabrzo Herren-Garderobe, Schuhwaren, Hut Freund, Bruno, Zaborze B. Kolonialwaren. Rolanowski, Th., Zaborze B. Manufakturwaren, Herren-Konfektion W. G. m. b. H. Zaborze B.</p>	
<p>Brieg Alkoholfreie Getränke. Trinkl, „Ester Special-Brauer“. Arbeiter-Konfektion. Neumann, R., Dohrenstr. 1, Ein. Artikel. Bäckereien und Konditoreien. Kränzel, Hermann, Dohrenstr. 19. Rüsse, Paul, Dohrenstr. Radetz, Hermann, Dohrenstr. 4. Fleischeren. Brieger, Stadtbrauerei W.-G. Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. H. Fahrräder und Nähmaschinen. Schmidt, G., Dohrenstr. 8, Reparatur-Werk.</p>	<p>Fleischeren und Wurstfabrik. Bräuer, Gustav, Breslaustr. 17. Jäger, Emil, Breslaustr. 21. Gumbel, Ernst, Dohrenstr. 2. König, Adolf, Eichenstr. Pfand, Adolf, Breslaustr. 31. Katsch, Robert, Eichenstr. Nr. 11. Schabus, Hermann, Breslaustr. 10. Haus- und Küchengeräte. Weich, P., Breslaustr., Leit. u. Kaffeebr. Kaufhaus. Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19, 39, 40. Kolonialwaren. Bretschneider, S., Dohrenstr. 1. Schuhwaren, Schuhmacher. Stöckel, Max, Breslaustr. 13. Uhren, Gold- u. Silberwaren. Hermann, Adolf, Breslaustr. 31, pt. Cito, Oskar, Breslaustr. 31, pt. Weiss- und Wollwaren. Witsch, Joseph, Ringstr. 2.</p>	<p>Hundsfeld Fleischeren. Gant, Gustav, Breslaustr. 2. Jauer Fahrräder. Glog, Fahrrad, Jauer. Herren- und Damenkonfektion. Hipper, D., Goldbergerstr. 35, Billigste Preise. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Döfel, Emil, Ringstr. 1. Kinderwagen, Reickörbe, Leiterwagen. Geiarich, Selma, W. Ringstr. (Einführung). Photogr. Atelier u. Vergrößerungen. Schulz, Alfred, Poststr. 1. Restauration. Jaraczewski, C., Dohrenstr. 31. Rochmann, S. = Essigfabrik = 31. Goldbergerstr. 31. Schuhwarenhaus. Hiltner, Carl, Goldbergerstr. 5. Seifen, Parfümerien. Rummel, Rudolf, Goldbergerstr. 26. Theatergarderobe, Maskenverleiher. Kantowicz, J., Dohrenstr., Eichenstr., Ringstr. Zigarren und Zigaretten. Wilsch, Paul, Dohrenstr. 19.</p>	<p>Glogau Alkoholfreie Getränke. Trinkl, „Ester Special-Brauer“. Bäckerei. Weber, Adolf, Ringstr. 15. Fahrräder und Nähmaschinen. Schwarz, Hermann, Ringstr. 2, Rep. Werk. Herren- und Knaben-Garderobe. Abraham, W., Ringstr. 52, 53. Eoewenthal, L., Ringstr. 1-2. Korwaren, Kinderwagen, Spielwaren. Radisch, Friedrich, Ringstr. 5. Uhren u. Goldwaren, Optische Artikel. Radisch, Rob., Ringstr. 21, Langstr. 1. Ludwig, Otto, Ringstr. 5. Zigarren u. Zigaretten. Tillad, Hermann, Dohrenstr. 1.</p>	<p>Gross-Leubusch Bäckerei. Göttsche, Adolf, Ringstr. 1. Fleischeren u. Wurstfabriken. Krügel, Max, Gr.-Leubusch, Nr. 1. Schödelinger, Josef, Gr.-Leubusch 89. Schuhwaren und Schuhmacher. Gutsch, Gustav, Ringstr. 1. Ludwigsdorf b. Oels. Fleischeren. Fellmann, Julius. Gross-Mochern/Schmedefeld. Bäckerei und Konditorei. Köhler, Carl, (Inh. u. Kollmerstr.). Fleischeren und Wurstfabriken. Krügel, Max, Gr.-Leubusch, Nr. 1. Schödelinger, Josef, Gr.-Leubusch 89. Schuhwaren und Schuhmacher. Gutsch, Gustav, Ringstr. 1. Neukirch Fleischeren und Wurstfabriken. Krügel, Max, Gr.-Leubusch, Nr. 1. Schödelinger, Josef, Gr.-Leubusch 89. Schuhwaren und Schuhmacher. Gutsch, Gustav, Ringstr. 1.</p>	<p>Kobrowitz. Fleischeren. Rajank, Hermann, Kobrowitz. Klettendorf/Hartlitz Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. König, R., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Weich, O., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Fleischeren und Wurstfabrik. Rajank, Hermann, Kobrowitz Nr. 1. Rade, Hermann, Klettendorf. Reichert, Carl, Klettendorf und Hartlitz. Röhrl, Karl, Klettendorf. Seifert, H., Klettendorf, Breslaustr. 14. Kolonialwaren. Röhrl, H., Klettendorf. Restauration. Göhl, „Im alten Krumbau“, Hartlitz. Schnittwaren, Kolonialwaren. Scholz, Max, Hartlitz. Schuhwaren und Schuhmacher. Müller, Carl, Klettendorf, Hartlitz. Wiese, Carl, Hartlitz. Weiss- u. Wollwar., Arbeit-Garderobe. Schödel, Hermann, Hartlitz.</p>	<p>Königshütte O.-S. Auschank und Restauration. Zander, R., Ringstr. 4, Spezial-Brauerei. Herren-Garderobe und Schuhwaren. „Im Krumbau“, Ringstr. 47. Kettler, Carl, Ringstr. 1, (Kettlerstr. 11). Kettler, Carl, Ringstr. 1, (Kettlerstr. 11). Kettler, Carl, Ringstr. 1, (Kettlerstr. 11).</p>
<p>Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27. Herrergard., Schuhwaren, Möbel. Jablonowski, S., Dohrenstr. 32. Holz- u. Kohlenhandlung. Triller, Carl, Neuhäuserstraße 55. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Holzweilig, Franz Nachf., Mittelstr. 14. Hebanzig, L., Ring 11/12, Schulstr. Bach, Frh., Ring 30, Bill. Bezugsquelle. Kinematograph. „Difon“, Edl. Verfahr. erstl. Prog. Kolonialwaren und Lebensmittel. Grütter, Ernst, Langstr. 28. Korte, Rob., Ring 5, Latat u. Zigarren. Kurz-, Weiss- und Wollwaren. Süß, Hermann, T. T. Tabl., Ring 27. Schwedberg, G., Ringstr. 39. Manufakturwaren. Cohn, Albert, Ringstr. 31. Möbel- und Holz-Magazin. Ledermann, Christian, Wagnerstr. 14/17. Photographisches Atelier. Dietrich, Alfred, Ringstr. 7. Schankwirtschaften. Ruppert, W., „Fangt Gut“, Mittelstr. Schuhwaren und Schuhmacher. Bartsch, Max, Langstr. 13, Rep. Werk. Bürger Schuhfabrik, Ringstr. 27. Schütz, W., Schuhwarenhandl., Langstr. 55. Staudt, C., Ringstr. 12. Urbanzig, L., Ringstr. 11/12. Spiegel, Möbel, Pelzwaren. Fröhlich, H., Langstr. 2, Ed. 508. Uhren und Goldwaren. Edelburg, J., Ringstr. 6, Rep. Werk. Strangfeld, Ernst, Ringstr. 3. Zigarren, Zigaretten, Papierwaren. Bürger, G., Ringstr. 4, ne. b. Schankwirt. Döberlein, Georg, Edl. Zoll-u. Burgstr.</p>	<p>Goldberg Bier- u. Wein-Vertrieb Goldberg. garantiert reiner Bier- u. Wein-Vertrieb. Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen. Göttsche, Adolf, Ringstr. 355 (Grammophon). Röhmer, Carl, Klettendorf, (Hartlitz). Ringstr. 1, Ringstr. 601 (Langstr. 1a). Fleischeren. Göttsche, Adolf, Ringstr. 352. Glas- und Porzellanhandlung. Grotz, Oswald, Ring 110. Hüte, Mützen, Putz u. Wollwaren. Grotzmann, Carl, Ringstr. b. Rab. Sparr. Kinematograph. Retzger, Adolf, i. Ringstr. Brauer, Dohrenstr. Mühle und Bäckerei. Weinholt, Friedr., Ringstr. 1, Ringstr. 1.</p>	<p>Kobrowitz. Fleischeren. Rajank, Hermann, Kobrowitz. Klettendorf/Hartlitz Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. König, R., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Weich, O., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Fleischeren und Wurstfabrik. Rajank, Hermann, Kobrowitz Nr. 1. Rade, Hermann, Klettendorf. Reichert, Carl, Klettendorf und Hartlitz. Röhrl, Karl, Klettendorf. Seifert, H., Klettendorf, Breslaustr. 14. Kolonialwaren. Röhrl, H., Klettendorf. Restauration. Göhl, „Im alten Krumbau“, Hartlitz. Schnittwaren, Kolonialwaren. Scholz, Max, Hartlitz. Schuhwaren und Schuhmacher. Müller, Carl, Klettendorf, Hartlitz. Wiese, Carl, Hartlitz. Weiss- u. Wollwar., Arbeit-Garderobe. Schödel, Hermann, Hartlitz.</p>	<p>Schwarz Herren-Garderobe. Göttsche, Adolf, Ringstr. 76, bis zum Ring. Ruben, Oskar, Ringstr. 70/71. Eismüller, Oskar, Dohrenstr. 35. Scholz, Paul, Ringstr. 4. Schödelinger, Josef, Ringstr. 22. Schulz, Wilhelm, Dohrenstr. 9. Schödelinger, Josef, Ringstr. 12. Jabel, Fritz, Neue Carthausstr. 58. Jäger, Gustav, Carthausstr. 12. Galanterie- und Spielwaren. O'Brien, Rich. Nachf., Frauenstr. 29c. Ringstr. 29, Dohrenstr. 29, Sport-Art. Pasch & Ruffler, Lederw. u. Sport-Art. Schwartzer, C., Dohrenstr. 29, Dohrenstr. 29. Herren-Artikel. Glog, Max, Ringstr. 2. Herren-Garderobe. Göttsche, Adolf, Ringstr. 76, bis zum Ring. Ruben, Oskar, Ringstr. 70/71. Eismüller, Oskar, Dohrenstr. 35. Scholz, Paul, Ringstr. 4. Schödelinger, Josef, Ringstr. 22. Schulz, Wilhelm, Dohrenstr. 9. Schödelinger, Josef, Ringstr. 12. Jabel, Fritz, Neue Carthausstr. 58. Jäger, Gustav, Carthausstr. 12.</p>	<p>Neumarkt Bier-Brauereien. Göttsche, Adolf, Ringstr. 1. Spezialgeschäft für Fahrräder. Reinwald, Gustav, Neumarkt. Restauration. Freundberger, P., Ringstr. zum geb. 28 Wern. Schnittwaren, Putz und Konfektion. Weber, W., Ringstr. 2, Neumann, Ring 52. Uhren, Gold- und Silberwaren. Felber, Carl, (Spez. Trauringe). Zigarren. Grotz, Richard, Ringstr. 1, Ringstr. 1. Ohlau Bier-Brauereien, Bier-Verleger. Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau. Hüte, Mützen, Pelzwaren u. Dohrenstr. Spez.-Herren-Gard.- u. Haus-Geschäft. Wilhelm, Hermann, Ringstr. (Spez. Trauringe). Fahrrad-, Nähmaschinen, Grammophon. Göttsche, Adolf, Ringstr. 13. Kolonialwaren. Hübner, Ringstr. 1, Dohrenstr. 14. Manufaktur- und Medowaren. Göttsche, Carl, Ringstr. 5. Hüte, Konfektion, Schuhwaren. Göttsche, Carl, Ringstr. 5. Krensel, Karl, Ring</p>	<p>Kobrowitz. Fleischeren. Rajank, Hermann, Kobrowitz. Klettendorf/Hartlitz Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. König, R., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Weich, O., Klettendorf, Hartlitz u. Gram. Fleischeren und Wurstfabrik. Rajank, Hermann, Kobrowitz Nr. 1. Rade, Hermann, Klettendorf. Reichert, Carl, Klettendorf und Hartlitz. Röhrl, Karl, Klettendorf. Seifert, H., Klettendorf, Breslaustr. 14. Kolonialwaren. Röhrl, H., Klettendorf. Restauration. Göhl, „Im alten Krumbau“, Hartlitz. Schnittwaren, Kolonialwaren. Scholz, Max, Hartlitz. Schuhwaren und Schuhmacher. Müller, Carl, Klettendorf, Hartlitz. Wiese, Carl, Hartlitz. Weiss- u. Wollwar., Arbeit-Garderobe. Schödel, Hermann, Hartlitz.</p>	

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung, Donnerstag, den 7. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Generaldebatte zum Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Weis (Soz.):

Das angebliche Streben der Mittelstandskräfte, die Konsumvereine heranzuziehen, charakterisiert sich bei näherem Zusehen als äußerste Ungerechtigkeit. Zunächst zahlen die Konsumvereine schon heute mehr Steuern als die Kleinhändler, nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften zahlen gar keine. Die Konsumvereine müßten von einer Besteuerung ihres angeblichen Ueberschusses freibleiben, denn das ist gar kein Einkommen, sie könnten es bejähren, wenn sie einfach so billig wie möglich verkaufen. Die Steuern, die anderen auferlegt werden, sind die Konsumvereine natürlich zu tragen bereit.

Herr Kerzscheneiner trägt bei seinen ganzen Staatstheorien den Machtrealitäten unseres Wirtschaftslebens nicht genügend Rechnung. Es handelt sich doch um den Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Erst auf dem Boden des Sozialismus werden Herrn Kerzscheneiners Vorschläge möglich. Sein persönlicher Liberalismus kann wohl vereint werden mit unserem Sozialismus. Auch wir wollen innerhalb der Organisation der Persönlichkeit ihre Rechte gewährleistet sehen. Voraussetzung für die individuelle Ausbildung, die erforderlich ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Verkürzung des Arbeitentages. Wenn er meint, es läge nur auf persönliche Tätigkeit an, so überläßt er die Macht des Kapitals. Mit Recht hat er die kleinen Unternehmer getadelt, die dem Fortbildungsweisen für großen Widerstand entgegenstehen. Freilich liegt oft auch der Knüttel beim Hunde, die kleinen Unternehmer sind oft auf die Unterstützung der Lehrlinge angewiesen. Wohl aber könnten die Großunternehmer sehr viel mehr für

die Fortbildungs- und Fachschulen

aufwenden. Auf der rechten war man offenbar gestern in ziemlicher Verlegenheit, weil man sich sagte, daß ein solcher Liberalismus wenig blühen könnte, der Eugen Richter'sche Liberalismus war der Rechten viel genehmer. Will Herr Kerzscheneiner konsequent sein, so muß er Anschlag an die Sozialdemokratie suchen. Interessant waren auch seine Ausführungen über das Schulwesen an sich. Die Abschaffung des einjährig-französischen Zeugnisses würde eine bedeutende Verbesserung unserer technischen Ausbildung zur Folge haben. Heute besteht ein Vorurteil gegen alle Arbeit, die schmutzig macht, so gegen die des Monteurs, dessen komplizierte Leistung für minderwertiger erachtet wird, weil sie im schmutzigen Arbeitermittel erfolgt, als die eines Schreibers. Unter den Arbeitern ist diese Auffassung längst überwunden. Die Herren Behrens und Gieseler haben wieder über sozialdemokratischen Terrorismus geredet. Sie sollten sich chunmal fragen, warum überhaupt die christlichen Gewerkschaften existieren. Es gibt doch gar keine christlichen Unternehmerverbände. Gewiss ist in den freien Gewerkschaften die moderne Weltanschauung in höherem Maße vertreten, aber niemand wird es verwehrt, seine Weltanschauung zu verteidigen. Terroristische Verfassungen Einzelner mögen vorkommen; aber doch besteht hierin noch ein Unterschied gegenüber dem

Terrorismus der Unternehmer.

Der eine wird zugunsten der Organisation ausgebildet, während der kapitalistische Terrorismus egoistisch ist. Dieser ist daher moralisch minderwertiger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bemerkung des Staatssekretärs Delbrück, daß die Bestrafungen wegen Streikvergehens in den letzten Jahren erheblich scharfer geworden seien, war eine direkte Aufreizung der Richter, nur so fertigfahrend. Wir müssen umgekehrt fordern, daß die Richter das moralische Element in den Gewerkschaften begreifen lernen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Verständnis für die große wirtschaftliche Idee ist mir aber bisher

bei unseren Richtern noch nicht begegnet.

Deshalb müssen wir so oft von Klassenjustiz sprechen. Behrens sagte darüber, daß die Richter der christlichen Gewerkschaften so oft in ihrer Ehre angegriffen würden. Ich kann es verstehen, daß man leicht dazu neigt, diejenigen als Verdränger anzusehen, die die allgemeine Arbeiterbewegung durch ihre Aufspaltung schädigen. In den Annahmeschriften, die der freie Bergarbeiterverband von den Herren auf seine Forderungen erhalten hat, heißt es größtenteils: es könne nichts bewilligt werden, da der größte Teil der Belegschaften dem christlichen Gewerksverein angehört, und die Forderungen der übrigen Organisationen nicht mitmache. Daher die berechtigte Empörung.

Von den Landarbeitern ist bisher recht wenig gesprochen worden. Wir verlangen, daß baldigst ein Gesetz vorgelegt werde, durch welches unter Aufhebung der landesgesetzlichen Bestimmungen das Vertragsverhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und

des Gesinde reichsgesetzlich geregelt

wird. Wir fordern vor allem auch die Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter. Nach den vielen Anträgen, die auch von anderen Parteien von Gunsten der Landarbeiter eingegangen sind, ist ja schon das Wohlwollen für diese Arbeiter überall recht groß. Das sollte der Regierung wenigstens Veranlassung geben, dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Wandel, der sich in den Produktionsverhältnissen der Landwirtschaft durch die Einführung der Maschinen vollzogen hat, hat die unerfreuliche Wirkung, daß die Landwirtschaft noch mehr als bisher den Charakter der Saisonarbeit gewinnt. Wenn man die ausländischen Wanderarbeiter auf den Wahnsinn ankommen läßt, so läßt einen der Jammer an. Von der Fülle der landwirtschaftlichen Tätigkeit kann da keine Rede sein. Das Schlimmste ist, daß diese Wanderarbeiter vollständig losgelöst werden von dem, was man menschliche Wohnung nennt. (Sehr richtig! links.) Arbeiterlosener auf dem Lande sind ja keine Wohnungen, sondern Schlafstellen der bedenkenlichsten Art. Die Gewerbeinspektionsberichte aus den verschiedensten Landesteilen zeigen schon seit Jahren wahrhaft erschreckende Bilder. So wird beispielsweise aus Braunschweig berichtet, daß in einem Schlafraum drei Betten standen, in denen schliefen ein Ehepaar, ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen. (Hört, hört! links.) Das dient natürlich nicht zur Hebung der Sittlichkeit, aber die Schuld daran tragen diejenigen, die trotz ihrer wirtschaftlichen Macht eine beratige Schwärmer dulden. (Sehr wahr! links.) Auch auf diesem Gebiete müßte ein Reichswohnungsgesetz Wandel schaffen. Daneben muß aber endlich auch einmal ein bißchen mehr politischer und wirtschaftlicher Mut unter den landwirtschaftlichen Abgeordneten platzgreifen. Besser als alle Gesetze und Polizeiverordnungen würde aber mit den entsetzlichen Zuständen in der Landwirtschaft ausgedrückt werden, wenn

den Landarbeitern ein wirklich freies Koalitionsrecht gewährt wird, das auch geschützt wird gegen alle Angriffe der Unternehmer. Der Alkoholismus unter den Landarbeitern würde damit auch am besten eingedämmt werden, daß man diesen Arbeitern durch die Organisation ein höheres Lebensziel gibt. Die landwirtschaftlichen

Arbeiter in den Ziegeleien

sind besonders an dem Alkoholkonsum beiläufig, der noch künstlich dadurch gefördert wird, daß die Zwischenhändler aus dem Schnapsvertrieb ihren Profit ziehen. In den Ziegeleien meines Wahlkreises heißt es, diejenigen Arbeiter bekommen die besten Stellen, die am meisten faulen. (Hört, hört! links.) Die überlange Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeiter muß endlich aufhören. Wenn die Leute von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends angestrengt arbeiten müssen, dann gehen sie natürlich um 8 Uhr schlafen und haben nur so eine Stunde täglich von Leben. Die Herrschaften auf der rechten rühmen sich immer ihres Christentums. Wie sie es aber fertig bringen, das Ebenbild Gottes so zu mißhandeln, daß es nur eine Stunde täglich menschlich leben kann, das ist mir unverständlich. Auch die Lohnverhältnisse sind schauerhaft. Bei einem Wochenlohn von 10 oder 12 Mark ist es kein Wunder, daß sich deutsche Arbeiter zu dieser Tätigkeit nicht hergeben und

Rufen und Galtzer

herangezogen werden müssen. Eine gerechte Anwendung des Vereinsgesetzes ist besonders auf dem Lande nötig. Damit wird es aber nicht eher besser werden, als bis wir in Preußen ein gerechtes Wahlrecht und damit auch einen besseren Landtag bekommen. Die Kinderarbeit auf dem Lande nimmt außerordentlich bedenkliche Formen an. Die Kinder werden beispielsweise beim Mähenziehen in einer Weise angestrengt, die ihre Gesundheit schwer schädigen muß, ganz abgesehen davon, daß von einem vernünftigen Schulunterricht dabei natürlich keine Rede sein kann. Unsere Stellung zur Landwirtschaft ist durchaus darauf eingerichtet, nicht bloß das Los der Arbeiter auf dem Lande zu bessern, sondern auch die Landwirtschaft selber ihre Produktion in jeder Beziehung günstiger zu gestalten. Wir kämpfen nicht gegen die Landwirtschaft, sondern nur gegen die Mente und den Profit des Großkapitals. Wenn wir in unserem Programm die

Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel

fordern, so würde das auf dem Lande der Grund und Boden sein, und auch auf dem Grund und Boden, der Gesellschaftseigentum ist, könnte sich eine bäuerliche Landwirtschaft sehr viel besser entwickeln, als unter den Verhältnissen des jetzigen Großgrundbesitzes. Auch für die Landarbeiterinteressen treten wir ein und wir werden das in Zukunft noch besser können als jetzt, indem wir besonders Beamte zur Bearbeitung der Landarbeiterfrage einziehen. Da wo wir an die Landarbeiter überhaupt herankommen, da haben wir auch Erfolg, ebenso auch bei den Kleinbesitzern. Kreißler, ich vertrete meinen Wahlkreis teils als Abgeordneter, teils als Kandidat seit 1896, aber ich habe seitdem von den 80 Dörfern nur in 30 Dörfern sprechen können; in den übrigen 50 habe ich nicht einmal sprechen können. Das beweist den Terrorismus, mit dem man gegen uns vorgeht. Die Arbeitgeber wissen freilich nichts von der Sozialdemokratie und machen sich ganz falsche Begriffe. Wenn selbst ein Mann wie der Graf Poladomsky, der ja mindestens anderthalb Jahrzehnte lang als Staatssekretär hier im Hause die besten Lehrer über die sozialistischen Fragen gehabt hat (Seiterkeit), jetzt trotzdem noch nicht die allerersten Keimlinge über das sozialdemokratische Programm hat, so kann man sich nicht wundern, wie es in den Köpfen der Großgrundbesitzer und Arbeitgeber aussieht. Auch von den Wanderarbeitern bekommen wir allmählich Stimmen. Wenn da kein Koalitionsrecht gegeben wird, so kann es mal eines schönen Tages zu ernsthaften Konflikten kommen. Es wäre viel vernünftiger, wenn Sie beizetzten durch volle Einräumung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheit dafür sorgen möchten, daß die Entwicklung so friedlich wie möglich verläuft, denn es bleibt noch immer wahr, was Schiller gesagt hat:

Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,

Vor dem freien Manne erzittert nicht.

(Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Pfeiffer (kons.):

Wir fordern auch diesmal die Vorlegung eines Reichstheatergesetzes. Dieselbe Forderung wird ja auch von den Freisinnigen und Sozialdemokraten erhoben. Trotzdem hat man von diesen Seiten gegen mich persönlich im Wahlkampf wegen meines Eintretens für diese Forderung die gefährlichsten Angriffe und Verleumdungen gerichtet. Man hat behauptet, ich verbrächte meine parlamentarischen Mühestunden mit brillantesten Schauspielerinnen. (Unruhe links.) Redner nennt auf wiederholte Zurufe einige Namen. (Zuruf links: Hoffentlich wiederholen Sie das auch außerhalb des Hauses!) Redner tritt des weiteren dafür ein, daß bei der Stellenvermittlung die Gehilfen zur Hälfte von den Unternehmern, zur Hälfte von den Arbeitern getragen werden müssen. Mit der Erbschaftsteuer wird Herr Kerzscheneiner beim kleinen Mittelstand wenig Gegenliebe finden, denn dieser hat sein Vermögen meistens in baren Beständen festgelegt und wird viel unter den Schikanen dieser Steuer zu leiden haben. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Herr Kerzscheneiner hat uns gestern seine schönen Erziehungsziele vorgetragen. Aber mit philosophischen Problemen allein kann man nicht alles regeln. Der Hunger, die Not des Alltags sind geeignet, die verschiedensten schönen Theorien der Erziehungspolitik über den Dausen zu werfen. Ueber den Wert der Arbeitsschule haben die Pädagogen noch verschiedene Ansichten. Dem Irrtum der Ueberschätzung der individualisierenden Erziehung gegenüber derjenigen, die das Aufgehen im Staate fordert, ist einst auch Goethe verfallen, aber nachher schrieb er Epimetheus Erwachen. Ich hoffe, daß das auch einmal über Herrn Kerzscheneiner kommt. (Seiterkeit.) Herr Kerzscheneiner hat einmal geschrieben: Die Demokratie wird zur Wobeherrschaft, wenn nicht die Seelenverfassung der Mehrzahl der Bürger aristokratisch ist. Seinem Gedanken, daß die ethischen Ideale mehr Ausbreitung finden müßten, stimme ich zu. Die Fingate an eine Idee darf aber nicht von opportunistischen Motiven diktiert sein, sondern bedarf als Grundlage einer religiösen Erziehung. (Bravo! links.)

Abgeordneter Ranig (kons.):

Es fällt uns nicht ein, alle Zölle zu erhöhen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen sie nur den Bedürfnissen der verschiedenen Produktionszweige anpassen. Angesichts der erheblichen Zollerhöhungen in Amerika, Frankreich und anderen Ländern können wir mit dem bestehenden Zolltarif unseren Auslandsmarkt nicht mehr sichern. Dasselbe günstige Wirtschaftslage, wie bei uns, läßt sich auch in den Ländern ohne langfristige Handelsverträge konstatieren. Unser Zolltarif muß möglichst beweglich sein und nicht auf lange Jahre festgelegt werden, damit wir der Wirtschaftspolitik anderer Länder begegnen können. Auch ich verlange, wie mein fraktionsgenosse Dertel, Marx und Minimalfälle. Wenn das englische Freihandelsprinzip so nachahmenswert wäre, dann würden doch wohl in erster Linie die englischen Kolonien dem Beispiel folgen. Abgeordneter Gohsen müßte das Bestehen einer Zollerhebung erst beweisen. Die Sozialdemokraten haben früher einmal beantragt, die Weizen- und Roggenzölle aufzuheben, wenn der Weizen einen Preis von 25, der Roggen von 165 Mk. erreicht hat. Das sind also nach sozialdemokratischer Meinung die Mindestpreise. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Die Erhöhung der Güterpreise hat mit dem Zolltarif absolut nichts zu tun. (Lauter Widerspruch links, sehr wahr! rechts.) Die vom Abg. Gohsen beantragte Enquete würde offene Türen einrennen, denn die dort gestellten Fragen kann sich jeder selbst beantworten. (Lachen links.) In England ist die Landwirtschaft durch den Freihandel ruiniert worden, deshalb sage ich zum Schluß: auf

dem Schutze der nationalen Arbeit beruht unser Erwerbsleben und unsere politische Existenz. (Beifall rechts.)

Abg. Götting (nassl.)

nicht nachzuweisen, daß tatsächlich auch die Arbeiterchaft in sehr erheblichem Maße an den Sparmaßnahmen beteiligt ist. Die deutschen Sparfassen nehmen in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben eine außerordentlich wertvolle Stellung ein. Daran können die Sozialdemokraten nicht rütteln. Es wäre richtig, wenn ein Sparfassenzwang für alle Arbeiter eingeführt werden würde. Selbsthilfe ist besser als alle Gesetze.

Abg. Weinhausen (Vp.): Der Grund für die breite Verhandlung der Mittelstandfrage im Reichstag ist in den letzten Wahlen zu suchen, in denen diejenigen Parteien, die sich immer als Generalwächter der Mittelstandsfreundlichkeit aufspielten, eine Antwort vom Mittelstand erhalten haben, die ihnen nicht gefallen wird. (Sehr richtig! links.) Der Mittelstand muß sich selbst helfen, muß sich besser organisieren. — Das Koalitionsrecht bedarf dringend der Ausdehnung, Arbeiter und technische Angestellte leiden unter großen Verlusten gegen ihr Koalitionsrecht. (Sehr richtig! links.) Cines Schutzes bedarf es auch gegen den Terrorismus der Arbeitgeberverbände, gegen aufstrebende Arbeitgeber und Lieferanten. Nicht mitmachen können wir den Ausfall und die Erhöhung des Arbeitswillens; dagegen sind wir für den Ausbau der Tarifverträge und der Erziehungskammer. Wegen der Bewegung im Kohlenrevier bleibt die Regierung leider ganz untätig. Bricht der Kampf aber aus, so gehen große materielle Summen verloren, und die Regierung kann nicht mehr die Führung an sich reißen. Leider lassen sich manche Unternehmer überhaupt nicht auf Verhandlungen mit den Arbeitern ein, z. B. Schichau in Danzig und Elbing. Angesichts dieser Zustände haben wir in aller Gültigkeit die wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik erörtert. (Bravo! links.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Einige weitere Titel werden debattelos bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag nachmittags 1 Uhr (Wahl des Präsidiums, Fortsetzung der Staatsberatung). Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag den Etat des Finanzministeriums. Zunächst gab es da die übliche Debatte über den Kurs der Staatspapiere und der Finanzminister präzedenzbeisetzend, die Gelder anlegen können, das Staatsschuldbuch wärmstens an. Einige Stunden wurde über Wohnungsgelder und Feuerungszulage gesprochen, wobei auch Genosse Dr. Lebesch Gelegenheit nahm, die elende Lage der Unterbeamten und das Wohlwollen der Staatsregierung für diese zahlreiche Beamtenklasse zu beleuchten. In einer temperamentvollen Rede ging Genosse Vorchardt mit der ganzen preussischen Finanzpolitik scharf ins Gericht. In Uebereinstimmung mit einem polnischen Redner bezeichnete er die Ostmarkenzulagen als einen Korruptionsfonds zur Belohnung besonderer Schärfe im Kampf gegen die polnischen Staatsbürger, die zwar die Beamten bezahlen müssen, welchen jedoch die Pflicht zur Unterdrückung des Polentums als Berufspflicht aufgelegt wird. Unter Redner wandte sich auch gegen die unfunktionierbaren Gnadenfonds, um dann auf die merkwürdige Rede einzugehen, mit der der Finanzminister vor etwa acht Tagen die Anträge unseres Genossen hatte geglaubt, entkräften zu können. Da er dabei in dem Tone sprach, den Erzellen Lenze vor acht Tagen angeschlagen hatte, wurde die Rede fast unparlamentarisch grob. Aber die Duldung, die das Präsidium dem Herrn Lenze hatte entgegen lassen, muß eben den Ton verschlechtern, denn es war immer noch das beste Rezept, auf einen groben Hohn einen groben Reil und auf einen Scheltenspruch andertalbe zu setzen. So konnte der nationalliberale Präsident Dr. Krause nur den Redner durch oftmalige Mahnungen und Rufe „zur Sache“ stören, ihn aber nicht an der Konstatierung der bezeichneten Tatsache hindern, daß der Minister auf den Kern der Rede Vorchardts nicht hatte antworten können. Auch gestern wieder sprach Herr Lenze zwar oftmals, schwieg aber völlig auf die treffenden Ausführungen unseres Redners. — Röstlich war die Begründung, die der freikonservative Randoher für die geheimen Dispositionsfonds der östlichen Oberpräsidenten gab: Eine polnische Frau hat dem gestrigen Herrn nämlich einmal eine Lustlust darüber verweltet, wo die nächste Brücke über die Warthe sei. Vielleicht merkte sie in Herrn Randoher den Hafatillen! Der Finanzetat wurde schließlich erledigt. Freitag steht der Etat auf der Tagesordnung.

Das preussische Herrenhaus

Beriet am Donnerstag die Vorlage, wodurch Arbeitslose und säumige Mäherpflichtige, deren Familienangehörige aus Armenmüteln unterstützt werden müssen, zwangsweise in öffentlichen oder Privatanstalten zur Arbeit angeschlossen werden sollen. Es wurde von dem Reichsratsrat Oberbürgermeister Körtz Königberg und von dem Unterstaatssekretär Polz viel von der Stärkung des sozialen Gefühls in den Familien durch dieses Gesetz gesprochen, aber der Berliner Oberbürgermeister Körtz machte mit Recht darauf aufmerksam, daß es sich geradezu um eine strafrechtliche Verurteilung der persönlichen Freiheit handele, somit um eine Angelegenheit der Reichsgesetzgebung. Im Hause derjenigen, die nach dem Reichsanwalt's Hohenlohe Wort „auf das Reich pfeifen“, hatte Herr Richter natürlich kein Blick und das Gesetz wurde schließlich angenommen, jedoch mit der von Herrn v. Dzierzowski beantragten Abschwächung, daß wenigstens bei vorübergehender Unterhaltungsbedürftigkeit, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei der Erwerbsfähigkeit entsprechenden Unterhaltsbeiträgen die Zwangsarbeit ausgeschlossen sein soll, und darüber sollen Verwaltungsgerichte entscheiden! ... Die übrige Tagesordnung wurde im Sandumdrehen erledigt, denn es handelte sich zumeist nur um die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken und die Errichtung neuer Amtsgerichte. Nur bei einer Vorlage über die Erhöhung der Höchstzahl der Vorstandsmitglieder der Berliner israelitischen Synagogen-Gemeinde gab es eine kleine Debatte, in der der ausgeschlossene Zentrumsgraf Doppersdorf sein Herz für die orthodoxe Minderheit der Berliner Judenchaft entdeckte. Eine interkonfessionelle Solidarität des Christentums: Das ist doch in unserer trüben Zeit ein erfreulicher Ausblick, wenigstens für Herrenhäuser!

Das Urteil im Genshofener Klostermordprozeß.

(Telegramm.)

Reitkau, 7. März 1912.

Schon lange vor 3 Uhr strömten ungeheure Menschenmengen zum Gerichtsgebäude. Der Saal und die Galerien waren frühzeitig gefüllt und die Massen umlagerten aufgeregt und lebhaft den Fall debattierend, das Gerichtsgebäude. Erst um 5 Uhr erschien der Gerichtshof und Präsident Wolffow verurteilte unter lautmächtigster Spannung folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Damazy Maczoch wird dem Auftrag des Staatsanwalts gemäß wegen Ermordung des Basilas Paz

Wegen Kirchenschändung und Diebstahls, sowie wegen Fälschung von amtlichen Urkunden zu einer Gefängnisstrafe von 12 Jahren Zwangsarbeit in den Bergwerken Sibiriens, der Ungelagte Jodor Starzewski wegen Begünstigung am Morde, wegen Verübung der Schatzkammer des Klosters Naeba sowie zu fünf Jahren Zuchthaus, Helena Maczoch wegen Mitwisserschaft und Begünstigung des Angeklagten Tamazh Maczoch zu zwei Jahren Gefängnis, Bazyl Dlesinski wegen Begünstigung des Tamazh Maczoch und der gemeinschaftlichen Verübung mit Tamazh Maczoch des Nachlasses des Paters Bonaventura Grabeski zu 2½ Jahren Gefängnis, der Aufseher Wicenty Planko wegen Begünstigung zu vier Monaten Gefängnis, der Angeklagte Tamazh Klafkiewicz wegen Begünstigung des Mordes zu einem Jahr Gefängnis, der Angeklagte Luciusz Cuganowski wegen Beihilfe zu den Fälschungen zu sieben Tagen Arrest verurteilt. Der Angeklagte Joseph Bertkiewicz wird freigesprochen.

Der Angeklagte Tamazh Maczoch hörte das Urteil mit stiller Ruhe, ohne eine Miene zu verziehen, an, während sich Helena Maczoch wie verzweifelt gebärdete, die Hände ringend und schreuliche Schreie ausstößend. Trotzdem der Gerichtshof ihr die Unterstützung angedeihen ließ, wurde ein Antrag der Verteidigung abgelehnt und sie weiter in Haft gehalten. Der Angeklagte Dlesinski, der sich bisher auf freiem Fuß befunden hatte, wurde sofort im Gerichtssaal verhaftet. Starzewski war sehr niedergeschlagen. Die übrigen Angeklagten wurden freigelassen.

Aus Oberschlesien. In die Klemme geraten.

Der Streik der englischen Bergarbeiter hat den ganzen ober-schlesischen Arbeiterwald in nicht geringe Verlegenheit gebracht. Somit ist es Elke und gehört zum guten Ton bei diesen Leuten, über jeden Streik zu schimpfen und die Streikenden nach allen Regeln der Kunst zu denunzieren. Diesmal aber ist die Sache anders, und man kennt die Leute fast nicht wieder. Wenn anfangs auch noch hier und dort in der Zentrums- und rechts herbe dringenden wurde, so beschränkt man sich jetzt auf eine Berichterstattung, die neben einer nie dagewesenen Sachlichkeit auch noch so kurz als möglich ist. Warum wohl?

Nun, zunächst weiß man, daß es auch in Oberschlesien sehr, und daß, wenn Vergleiche irgendwo Ursache zum Streik haben, es gerade Oberschlesien ist, wo die Entlohnung und Behandlung einfach alles zu wünschen übrig läßt. Mit einer Erklärung des „Verges der Mütterlichen Vereine“, daß er für die Forderungen der Bergarbeiter „unzulänglich“ ist, ist die Sache nicht aus der Welt geschafft. Man weiß sehr genau, daß die Forderungen nun den einzelnen Betriebsverwaltungen zugewandt sind. Sollten diese eine Regelung des Lohnes ablehnen, was leider mehr als wahrscheinlich erscheint, dann kann man sich unter Umständen auf einen Streik gefaßt machen, den niemand ausfallen kann und der richtige Dimensionen annehmen würde. Diesen Arbeitern nun viel vom Streik in England erzählt, aber gar noch auf die Streikenden zu schimpfen, erscheint im jetzigen Augenblick nicht oportuno, daher der ruhige und sachliche Ton der gesamten Presse Oberschlesiens.

Niel mehr Interesse am Streik in England haben die ober-schlesischen Grubenbesitzer. Die Magnaten würden sich, daß in England in Permanenz gestreikt würde, denn dann erst würden sie ihren Reibhahn machen. Wie ist in Oberschlesien der Streikhandel so gut gegangen, als gerade jetzt. Die Nachfrage ist eine ungeheuer große. Unternehmer, die nie ober-schlesische Kohle gekauft haben, sind hier erschienen und trüben sich ziehen sie von einer Grube zur anderen. Nun können zwar die ober-schlesischen Grubenbesitzer einen großen Teil des Bedarfs decken, wenn sie die richtigen Vorräte auf den Bahnen, die Millionen von Tonnen bergen, loszuschlagen würden. Aber das will man eben nicht, oder doch nur in sehr kleinem Umfang riskieren. Denn kriecht in Oberschlesien ein Streik aus, und auf den Bahnen liegt keine Kohle, dann müssen die Kohlenwerke die Hochöfen abblasen, ja es heißt die Gefahr, daß die Grubenbetriebe ins Stocken kämen und erlöschen. Der Schaden würde Millionen betragen, ja das ganze Wirtschaftsleben Oberschlesiens für lange Zeit hemmen.

Die Bahnen bleiben also liegen und der Profit wird auf andere Art herausgeholt. Zunächst versucht jede Grube, ihre Belegschaft zu vermehren. Denn alles, was sich meldet, wird angenommen. Seit einigen Tagen kann man auch wieder einen starken Zufluss von Ausländern beobachten, die alle in die Gruben gesteckt werden. Dann aber macht sich das Heberstunderwesen in einer nie da-

gewesenen Art breit. Einmal, ja sogar Doppel-schichten werden verfahren und Kohle, Kohle ist das Geld-gescheh vom Direktor bis zum Oberhauer.

Ob die Bewegung in Oberschlesien ohne Kampf abgehen wird, ist sehr fraglich, obgleich Christliche, Facharbeiter und deren Geistesverwandte mit aller Macht bremsen. Diese Geschickten, die ganze Kapital- und nicht zuletzt die Magnaten selber, sie alle sind arg in die Klemme geraten.

Ein verständiges Gerichtsurteil.

Im Sommer v. J. wurde durch die ober-schlesische Agitationsleitung der Partei eine Broschüre „Beamten-tum und Sozialdemokratie“ an alle Beamten im Bezirk als Drucksache verschickt. Wiederholt kamen Nachbestellungen und zustimmende Meinungen; Anstoß daran hat anfangs kein Beamter genommen. Erst als die Zentrums- und fortschrittliche demagogische, herbeigeworfenen einige Herren, die sich ganz besonders hervortun wollten, die Annahme der Broschüre.

Nachdem niemand mehr an die Broschüre dachte, kühlten sich in Katowitz im Gegensatz zu allen anderen Beamten 6 Postbeamte beleidigt. Einer stellte gegen den Genossen Kattowitz, die andern gegen den Genossen Körling-Beuthen als Abfender der Broschüre Strafantrag wegen Beleidigung.

Am 28. Februar wurde vor der Strafkammer in Beuthen in dieser Sache verhandelt. Genosse Kattowitz gab ohne weiteres zu, die Broschüre verschickt zu haben, bestritt aber, daß eine Beleidigung vorliege, was ja auch daraus hervorgeht, daß der von ihm angeblich beleidigte Postbeamte gar nicht als Zeuge erschienen sei. Genosse Körling bestritt mit der Verteidigung überhaupt etwas zu tun gehabt zu haben und wies nach, daß er zur fraglichen Zeit krank in einem Sanatorium war. Am 1. März, nachdem die wichtigsten Stellen der Broschüre verlesen, ein Postbeamter nach dem andern als Zeuge auf. Vor der Vernehmung jedes der Zeugen stellte der Vorsitzende aus den Akten fest, daß der Zeuge den Strafantrag erst gestellt, nachdem er mit dem Polizeikommissar über die Beleidigung gesprochen hat, was von den Zeugen auch unumwunden zugegeben wurde. Daraufhin mußte sich ein nach dem andern von den Beamten beleidigt, weil das Auer nicht geschloffen und man einem Beamten doch nicht zumuten könne, Sozialdemokrat zu sein.

Der Staatsanwalt fand die Beleidigung natürlich für erwieisen und begründete dies mit einer Rede, die der des Polizeikommissars von Tallwitz sehr ähnlich war. Gegen Genossen Kattowitz beantragte er 50 Mark, gegen Körling, den er als die Seele der ganzen Geschichte ansah, und weil dieser schon vorher bestraft ist 150 Mark Geldstrafe. In einer kurzweiligen, großartigen Rede wies der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Wicenty Planko, die Unhaltbarkeit der Anträge zurück und beantragte die Freisprechung. Genosse Körling präparierte dann die geschickliche Stellung der Sozialdemokratie und stellte dann dem Staatsanwalt gegenüber fest, daß wenn seine Theorie, kein Beamter darf ein Sozialdemokrat wählen, richtig ist, Personen wie Bismarck, der die Wahl des Sozialdemokraten ablehnte, und die Geheimräte der national-liberalen Partei, die einen Sozialdemokraten als Vizepräsidenten wählten, demnach die reinen politischen Verbrecher wären. Aus den Reden hochschwebender Juristen und Parlamentarier ließ Körling noch nach, daß die von Tallwitz gegebene Parole nur für die rechten Beamten Geltung zu haben scheint. Nach 1½ Stunden Beratung wurde die Verurteilung des Urteils auf Körling, den 6. März verurteilt.

Das am Mittwoch gesprochene Urteil, das vom Vorsitzenden verlesen wurde, ist sehr interessant. Beide Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Da der Strafhandlung wurde gesagt: Was den Angeklagten Körling betrifft, so ist erwiesen, daß er zur Zeit der Abfindung der Broschüren nicht in Oberschlesien war, auch ist ihm zu glauben, daß er nichts mit der Sache zu tun hatte. Kaufe dagegen auch zu, daß er die Broschüre verschickt habe. Tatsächlich ist das Versehen der Broschüre an die Beamten eine Beleidigung für diese. Aber dem Angeklagten habe der Schutz des § 193 zur Seite. Er sei ein gegen Gehalt ange-stellter Agitator der Partei. In seiner Tätigkeit mußte er auch die Verschickung der Broschüre erdulden, denn er konnte nicht anders. Seine Stellung zu verlieren, wenn er keine Agitationsarbeit nicht tatkräftig betriebe. Unter den Beamten aber für die Sozialdemokratie zu agitieren, sei durchaus nicht verboten. Das Gericht habe auch durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß ein Beamter niemals einen Sozialdemokraten wählen darf, dieses sei sehr wohl denkbar, denn es können Fälle eintreten, wo der Sozialdemokrat das sogenannte „kleinere Übel“ ist. Aus all diesem

— was sehr eingehend begründet wurde — rechtfertigte sich die Freisprechung.

Die Begründung des freisprechenden Urteils nicht ange-nehm ab gegen so viele Urteile, die in der letzten Zeit in Breslau und anderen Orten gefällt wurden.

Deutsch-Pleskar, 8. März. Zur Affäre des Pfarrers Zielonkowski veröffentlicht Erzpriester Koniektlo in Radzionkow folgende Erklärung:

„Es ist nicht richtig, daß ich auf eine Beschwerde der Gemeindefreiwirtschaftler an das Fürstbischöfliche Amt hin mit einer außerordentlichen Revision der Kirchenlisten beauftragt wurde. Es ist ferner nicht richtig, daß ich die falschen Eintragungen als vollauf beschäftigt fand, daß die Berechnung der Kirchengeldbeiträge nicht ordnungsmäßig erfolgt und daß die Einnahmen aus den Pflanzungen der Kirche erheblich niedriger gebucht waren, daß ich daher auch keine Regelung etwaiger Mängel im Sinne der Kostenver-schreibungen anordnen konnte. Richtig ist, daß ich bei den ordentlichen jährlichen Revisionen keine Unzulänglichkeiten feststellen konnte, weil nach den vorgelegten Rechnungsbüchern die gebuchten Beträge vorhanden waren. Nur bei der letzten Revision wurden einige geringe rechnerische Fehler entdeckt und beseitigt.“

Der kirchliche „Oberstl. Kur.“ ist mit der Amtsführung des Pfarrers Zielonkowski, den er im übrigen gegen die Be-schuldigung der Unterschlagung verteidigt, wenig zufrieden. Das Blatt rügt scharf das „oft geschäftsmäßige Gebaren des Pfarrers“, das bei einem Geistlichen besonders unangenehm berühren mußte, und behauptet, daß dieses auch an höherer Stelle arg misfallen habe, worüber dem Pfarrer Zielonkowski kein Zweifel gelassen worden. Charakteristisch für den Pfarrer ist sein Verhalten gegenüber der Rosenkränze, deren Gelder er verwaltete. Der Pfarrer hat aus dieser Kasse für gewisse Leistungen ihm zuleihende Gebühren mit dem Bischof, der den gewöhnlichen Satz fast um das Doppelte übersteigt, in Anspruch gebracht. Dieses Verfahren kann, so meint das kirchliche Blatt, nicht besonders sympathisch genannt werden, von Unterschlagungen ist jedoch nicht die Rede.

Wenn der Pfarrer Zielonkowski wirklich so unskrupulös ist, als er durch die Erklärung des Erzpriesters Koniektlo hingestellt wird, dann verliere ich nicht, warum er nach der Schicksal „abgereist“ ist. Die Mitteilungen, daß der „Abgereiste“ ein Freund von jüdischem Manne war, werden nicht widerprochen. Also muß es stimmen.

Kattowitz, 8. März. Kein Mord. Der verschwundene Bräutigam. Der seit einiger Zeit verschwundene Baugemeinschaftler Bräutigam wurde am Dienstag in Krakau ermittelt. Die Gerüchte von einem an ihm verübten Mord bestätigten sich somit nicht.

Hohberg, 8. März. Der Einfluß der Grubenpartei macht sich immer breiter. Die Montag und Dienstag erfolgten Wahlen zur Gemeindevertretung der dritten Abteilung haben mit einer Niederlage der Sozialdemokraten geendet, indem die Grubenpartei sämtliche vier Kandidaten mit großer Majorität durchbrachte. Damit geht die bisherige Mehrheit der Sozialdemokraten verloren.

Zabrze, 8. März. Grubenunfälle. Auf dem Georgschacht erlitt der Häuer Thomas Krol aus Boremba einen Beinbruch und andere schwere Verletzungen, jedoch an seinem Aufkommen ge-wisse Zweifel. Auf Teufelschacht verunglückte der Rangierer Johann Binnig aus Karsie. Die Verunfallten tausend Aufnahme im Knappschafts-lazarett Zabrze.

Zabrze, 8. März. Ein Akt bodenloser Rohheit spielte sich hier ab. Drei armen zwei ruthenische Zigeunerarbeiter in einem Wortwechsel, der damit endete, daß einer derselben die Schantel erarriff und damit seinem Gegner den Kopf spaltete, so daß das Gehirn hervortrat. Der Täter wurde verurteilt und der Schwerverletzte in das Krankenhaus eingeliefert, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Tischna, 8. März. Das Opfer einer unglücklichen Wette wurde der Wirt des Gastwirts Wysz aus Wyszowiz. Nachdem er zwei Liter Jäger und einen Liter „Bunterdrossel“ hatte, fiel er bewußtlos zu Boden und erwachte nicht mehr.

Wysłowiz, 8. März. Zur Ermordung des Bankbeamten Aniol. Einer der Genossen bei dem W. Komstlichen Kaufmann in Wysłowiz, namens Bednara, der wegen dieses Raubes und der dabei erfolgten Erschließung des Bankbeamten Aniol von den preussischen Behörden gesucht wurde, ist, wie aus Rusland und aus Krakau in Sibirien wegen eines dort verübten Mordes hingerichtet worden.

Laurahütte, 8. März. Sozialdemokratische Verein. Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftslokal, Volkstraße: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Am 5. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Hausdiener Franz Launer im Alter von 25 Jahren 11 Monaten. Ehre seinem Andenken! Der Verband der Handelshilfsarbeiter Breslaus. Beerdigung: Sonnabend, den 9. d. Mts. nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Friedrichstrasse 57.

Schlesische Gruppe des Deutschen Bundes für Muttterschutz. Samstag, den 9. März, 8½ Uhr im Saale der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, An t. Reichsplatz: Kleine weisse Sklaven Vortrag v. Schwester Henriette Arendt, Polyziaufführerin a. D. Eintrittskarten zu 1 Mk. und 50 Pf., bei Gutsamer, sowie in jeder beliebigen Anzahl zu Bergpreis in der Geschäftsstelle der Gesellschaft. [3971]

Nur bei mir kauft man das eleganteste und haltbarste Schuhwerk. Schwarze u. braune Herren- u. Damen-stiefel, sowie Kinderschuhe, Turnschuhe, Zeugschuhe und Sandalen 2747 zu denkbar billigsten Preisen. Bruno Frankenberg Gräbischenerstrasse 49 Vis-à-vis des Kasinos „Vierstirn“.

Rehtabak-Handlung G. Witke, Breslau, Hauptplatz 4

Meine Preise erregen Sensation! Einige Beispiele: Herren-Hüte steif und weich, streng modern, mit Atlasfutter 1 95 Zylinder-klapp-Hüte Hoch-mod. Fassons 4 50 Englische Bund-Mützen entzück. Must. 95 Pf. Kaufmännische-Hüte Prima Qualität mit Atlasfutter 95 Pf. Hut-Fabrik-Niederlage H. Schönfeld Schmiedebrücke 17-18 Ecke Impulschmiedestr. Filiale: Alalberstr. 6

Sehen Sie nicht auf den Preis, sondern auf die Qualität. Die Marken Panther = Kayser = Weil mit ihren neuen Modellen 1912 übertreffen alles bisher dagewesene. Stabilität, leichter Lauf und solide Preise sind ihre Vorzüge. Josef Solenty, Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstätten, Matthis-Strasse 98.

Nur für Herren die Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich die Gelegenheit Ulster, Paletots, Anzüge für 8.- 10.- 12.- 14.- 16.- 20.- usw. Wenig gebraucht von Ia. Schneidern angefertigt, teilweise aus Abonnementhäusern zu kaufen. Ganz umsonst können wir nicht verkaufen, doch geben wir Vorzeiger dieses 5% Rabatt. Wir verleihen Gesellschafts-Anzüge für 5 Mk. Kaufhaus für Herrengarderoben G. m. b. H. Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansa-Haus. Proletariers Jugendjahre von A. Levenstein Statt 1,50 Mk. nur 50 Pf. empfangt Buchhandlung Volkswacht.